

## Serbien

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

---

**ZUSAMMENFASSUNG** **2**

---

**Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor** **5**

Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19
Diversität in den Sicherheitskräften	20

---

**Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts** **22**

Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	29
Bedrohung von Alliierten	32
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	32
Unerlaubte Wiederausfuhr	35
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	36

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland lieferte in den vergangenen Jahren primär Klein- und Handfeuerwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen Jahren insgesamt als gering anzusehen, mit Ausnahme von 2018 und 2023. Im Jahr 2018 genehmigte die Bundesregierung erstmalig einen Export von Rüstungsgütern im dreistelligen Millionenbereich, 2023 wurde mit einem Wert von fast 152 Mio. Euro ein Höchstwert erzielt. Beide Exportgenehmigungsspitzen sind auf die Lieferung bzw. Bestellung von H145M (Kampf-)Hubschrauber zurückzuführen. Nach Informationen aus dem UN-Waffenregister lieferte Deutschland im Jahr 2009 zudem mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre nach Serbien. 2024 erhielt Serbien zudem zwei gepanzerte Truppentransporter des Typs Dingo-2 in der Version zum Krankentransport.

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens und hat auch heute noch auf dem Balkan eine hervorgehobene Stellung. Damals spielte die Rüstungsindustrie als zentrales Standbein für das politische und wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. Trotz der schlechten Ausgangslage und den strukturellen Problemen hat sich die serbische Rüstungsindustrie in den letzten Jahren modernisiert. Serbiens Anstrengungen, im globalen Rüstungsmarkt eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern forciert.

Nachdem Montenegro nach der Unabhängigkeit zunächst jahrelang den wichtigsten Waffenexporteur für Serbien darstellte, nahm in Folge darauf Russland die wichtigste Position ein. Ende 2016 verständigten sich Serbien und Russland auf eine Intensivierung der militärischen Kooperation. Im Jahr darauf überließ Russland Serbien sechs MiG-29-Kampffjets, 30 T-73-Kampfpanzer, 30 gepanzerte Fahrzeuge und zwei An-26-Transportflugzeuge kostenfrei. Die Bedeutung westeuropäischer Lieferanten nimmt tendenziell ab, einzig Frankreich verbleibt als westlicher Akteur unter den Top fünf wichtigsten Waffenlieferanten für Serbien. Seit 2018 nimmt vor allem China die Position des wichtigsten Lieferanten ein.

Im Rahmen einer Strukturreform des Militärs wurde die Anzahl der aktiven Soldat:innen radikal verringert. Ausgestattet ist das serbische Heer vorwiegend mit veralteten Rüstungsgütern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Einige der Rüstungsgüter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Equipment aussortiert werden. Serbiens Marine wurde nach der Abspaltung Montenegros an dieses übergeben, da Belgrad mit der Teilung des Landes Zugänge zum Meer und den Seehäfen verloren hat.

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich das serbische Militär in einem Reformprozess, der u. a. auch zur Abschaffung der Wehrpflicht Anfang 2011 führte. Diese soll jedoch im letzten Quartal 2025 wieder eingeführt werden. Fast zehn Jahre nach Beginn einer Sicherheitssektorreform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden. So wurde z. B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen zivil geführt wird. Allerdings ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend bei der Ausübung seiner Kontrollfunktionen und -rechte. Neben dem Militär waren insbesondere die Polizei und der Geheimdienst

Gegenstand der Sicherheitssektorreform. Eine Erneuerung des Geheimdienstes ist jedoch weiterhin aufgrund seiner gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Zwar wurden einige Gesetze geändert und Überwachungsstrukturen durch das Parlament geschaffen, die jedoch unzureichend sind und in der Praxis kaum ausgeübt werden. In den letzten zehn Jahren versuchten verschiedene Regierungen, das Image der Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes zu bekämpfen und ihr Ansehen in der Gesellschaft zu erhöhen. Doch wird die Polizei ebenfalls zur Unterdrückung von Regimekritik eingesetzt. Das serbische Militär verfügt heute – wie schon im früheren Jugoslawien und entgegen der Polizei – über eine starke Position innerhalb der Gesellschaft und großes Ansehen.

### **Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts**

Serbien ist dem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen.

Allgemein war zu beobachten, dass sich die Menschenrechtslage in den vergangenen zehn Jahren verbessert hatte. Sowohl die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz grundlegender Rechte als auch demokratischer Normen im Zuge der politischen Transformation, die Menschenrechten einen wichtigen Platz innerhalb der Gesellschaft und der Politik einräumen, hatten sich positiv entwickelt. Probleme existieren in Bezug auf den Minderheitenschutz, den Kampf gegen Diskriminierung, die Missachtung von Rechten durch die Polizei und in den staatlichen Gefängnissen. Hinzu kommt der unzureichende Schutz von Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen.

Sowohl die politische Situation als auch die allgemeine Konfliktlage in der Region bleiben instabil und angespannt. Aus Sicht Serbiens ist der zentrale und weiterhin offene Konflikt die Abspaltung des Kosovo im Jahr 2008. Die serbische Regierung betrachtet den Kosovo weiterhin als integralen Bestandteil Serbiens. In der Grenzregion, insbesondere der Stadt Mitrovica, kommt es immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der albanischstämmigen Bevölkerung und den im Kosovo lebenden Serb:innen. Zuletzt wurden im Dezember 2022 serbische Truppen an die kosovarische Grenze verlegt und die Spannungen erreichten einen neuen Höhepunkt. Daraufhin erneut initiierte Gespräche wurden im Oktober 2023 wiederum ergebnislos abgebrochen. Eine Eskalationsgefahr ist derzeit daher durchaus gegeben. Auch zwischen Serbien und Kroatien sowie zwischen Serbien und Bosnien und Herzegowina existieren ungeklärte Grenzfragen.

In Serbien befinden sich derzeit im Rahmen der OSZE-Mission ausländische Kräfte zur Unterstützung in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Entwicklung der Medienlandschaft. In der Region, insbesondere im Kosovo, laufen darüber hinaus weitere Missionen.

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Belgrad ist zwar zahlreichen internationalen Abkommen nicht beigetreten, dennoch hat das Land mit Albanien und Bosnien und Herzegowina sowie mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet. Internationale, organisierte Kriminalität ist aber weiterhin ein großes Problem. Die OSZE-Mission hat die serbische Regierung seit 2001 maßgeblich bei ihrer Bekämpfung unterstützt. Allgemein ist das Land und die

gesamte Region wichtiger Umschlagplatz für Drogen und Waffen und ist eine Drehscheibe für Menschenhandel und Geldwäsche. Problematisch sind insbesondere die Verstrickung hoher politischer Würdenträger mit organisierten verbrecherischen Clans.

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder. Serbien ist bestrebt, ein effektives Exportkontrollregime zur Kontrolle von konventionellen Waffen und Dual-Use-Gütern zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Belgrad im März 2005 freiwillig die Kriterien und Prinzipien des damaligen EU-Verhaltenskodex (seit 2008 Gemeinsamer Standpunkt) für Rüstungsexporte anerkannt und damit einhergehend eine Reihe von Exportkontrollgesetzen verabschiedet, die im Einklang mit den EU-Standards stehen.

Laut Weltbank gehört Serbien mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 11.610 US-Dollar zu den „upper-middle income economies“. Es weist eine hohe Auslandsverschuldung (60,2 % am BIP), allerdings auch robuste moderate Wachstumsraten auf. Die Wirtschaft gilt als komplexer, als es für das Einkommensniveau zu erwarten wäre. Ein wirtschaftlicher Malus ist jedoch die hohe Abwanderungsrate qualifizierten Personals. Mit einem Wert von 0,833 rangiert es auf Platz 62 von 191 Staaten auf dem HDI und wird ergo der Kategorie „sehr hohe menschliche Entwicklung“ zugeordnet. Serbien konnte hohe Arbeitslosigkeitsquoten deutlich bekämpfen; die Jugendarbeitslosigkeit ist allerdings mit 20,9 % sehr hoch. Die Gesundheitsausgaben beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf durchschnittlich 8,9 %, die Bildungsausgaben auf 3,5 %. Es sind deutliche Verbesserungen in beiden Systemen zu erkennen, nichtsdestotrotz persistieren Probleme (insb. eine veraltete Infrastruktur). Die Militärausgaben beliefen sich dem gegenüber auf durchschnittlich 2,2 % und lagen zuletzt bei 2,6 %. Im Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 belegt Serbien Rang 31 von 151 Staaten und weist damit eine „sehr starke“ Militarisierung auf.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2003-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2003	Geländewagen: 55,2% Pistolen, Maschinepistolen, Sport und Jagdgewehre und Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Maschinepistolen, Sport- und Jagdgewehre: 22,9% Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen und Granatpistolen: 17,7% (für Vereinte Nationen)	0,4
2004	Ballistische Schutzhelme: 62,2% Sportpistolen, Maschinenpistolen für VN, Jagdgewehre und Flinten, inkl. Teile: 24,9%	0,12
2005	Teile für HF – Überwachungs- und Peilsysteme: 64,3% Munition für Revolver, Pistolen und Granatpistolen (für Finnische Armee): 15,4% Materialien für ABC – Schutzbekleidung: 13,7%	0,47
2006	Jagdgewehre und Teile: 86,1%	0,11
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 54,6% Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 41,3%	0,31
2008	Geländewagen mit Sonderschutz: 75,4% Jagdgewehre und Teile für Jagdgewehre: 19,2%	0,5
2009	Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportrevolver, Sportpistolen: 89,8%	1,46
2010	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 51,1% Reizstoffe und Teile für C-Schutzkleidung: 28,9% Kommunikationsausrüstung und Teile dafür: 18,9%	0,39
2011	Maschinenpistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten: 47,4% Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 45,9%	0,48
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,4% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 15,9%	0,41
2013	Jagdgewehre und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre: 57,7% Laborchemikalien, Detektionsausrüstung/Teile für Detektionsausrüstung: 25,3%	0,23
2014	Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsfeuerbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 93,5%	0,15

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2015	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51,2%; Tauchgeräte, Westen und Teile für Tauchgeräte: 24,1%; Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 23,4%	0,59
2016	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 45,5% Pistolen, Jagdgewehre, Magazine und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre: 40,7%	0,44
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre: 84,3%	0,48
2018	Kampfhubschrauber, Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 99,5%	105,31
2019	Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 65,8% Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Magazine, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 18,5%	2,32
2020	Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Haubitzenmunition: 37,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Magazine, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 31,1% Teile für Flugkörper: 17,5%	0,67
2021	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Wechselmagazine, Rohrwaffen-Lafette und Teile für Jagdgewehre: 50,2% Jagdmaschinenmunition, Sportmaschinenmunition, Jagdflintenmunition, Sportflintenmunition und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 39,0%	0,89
2022	Bildverstärkerausrüstung und Wärmebildkamera: 68,0 % Jagd-/Sportwaffenmunition und Jagd-/Sportflintenmunition: 16,4 %	2,88
2023	Kampfhubschrauber, Hubschrauber und Teile für Kampfhubschrauber: 99,7 %	151,87
2024	Flugkörper und Abfeuerausrüstung: 56% Gepanzerte Fahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 38,6%	11,40

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2003-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

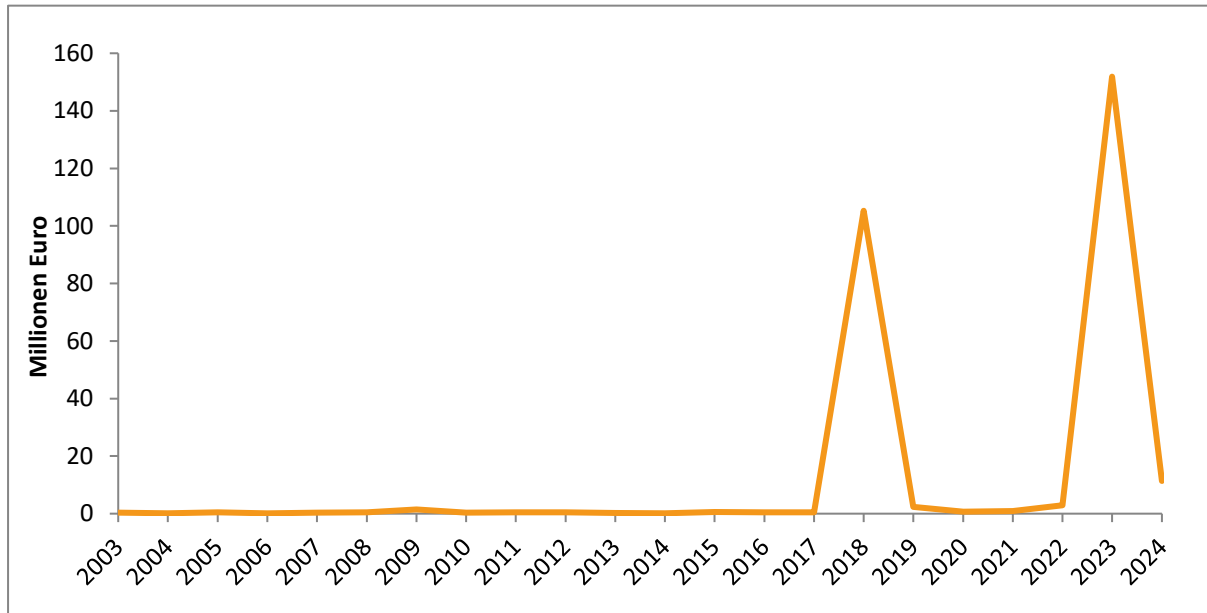
**Deutsche Rüstungsexporte, 2003-2024**

Tabelle 2

**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Serbien 2000-2024**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
5	EC145	Leichte Helikopter	2016	2018-2019	(5)	Neuwertig
9	EC145	Leichte Helikopter	2021	2023-2024	(4)	Neuwertig
2	Dingo-2	Gepanzerte Mannschaftstransporter	2021	2024	2	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

**Kommentar**

Wie aus den Informationen des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung hervorgeht, liefert Deutschland primär Klein- und Handfeuerwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen zwanzig Jahren insgesamt als gering anzusehen. Eine Ausnahme ist unter anderem das Jahr 2009, in dem Deutschland insbesondere Klein- und Leichtwaffen exportierte. Informationen aus dem UN-Waffenregister legen dar, dass

Deutschland im Jahr 2009 mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre geliefert hat. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung gibt an, dass 2009 insgesamt 300 auf der Kriegswaffenliste geführte Gewehre und 335 Maschinenpistolen nach Serbien ausgeführt wurden. Auch in den Folgejahren befanden sich unter den deutschen Lieferungen hauptsächlich kleine und leichte Waffen und vereinzelt Kommunikationsausrüstung.

2018 war mit einem Gesamtwert von über 105 Millionen Euro ein gravierender Anstieg der Rüstungsexporte nach Serbien zu verzeichnen. Dieser ist wohl überwiegend auf die 2016 genehmigte und zwischen 2018 und 2019 erfolgte Lieferung von fünf EC145 Helikoptern zurückzuführen. Drei dieser Hubschrauber in der H145M-Version sind dabei bewaffnet. 2021 wurden nochmals neun H145-M Helikopter geordert, 2024 sollen bereits die ersten vier dieser Charge geliefert worden sein. 2023 wurde entsprechend mit Exportgenehmigungen von fast 152 Mio. Euro ein absoluter Höchstwert erzielt, der auch laut Angaben des entsprechenden Rüstungsexportberichts auf 15 Genehmigungen im Zusammenhang mit den genannten Kampfhubschraubern plus dazugehörige Ersatzteile zurückzuführen ist. 2024 erhielt Serbien zwei aus Deutschland bestellte gepanzerte Truppentransporter des Typs Dingo-2 in der Version zum Krankentransport.

Im Jahr 2021 wurden insgesamt drei Ausfuhren mit Verweis auf die Kriterien drei und sieben (Innere Lage bzw. Risiko der Technologie-Abzweigung) abgelehnt. Auch 2023 wurde – trotz der hohen Genehmigungswerte – eine Ausfuhr (mit Verweis auf Kriterium sieben) in Höhe von 27.311 Euro abgelehnt.

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Serbien 2020-2024, Mio. TIV*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	145	115	164	419	153	995

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Serbien 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>*

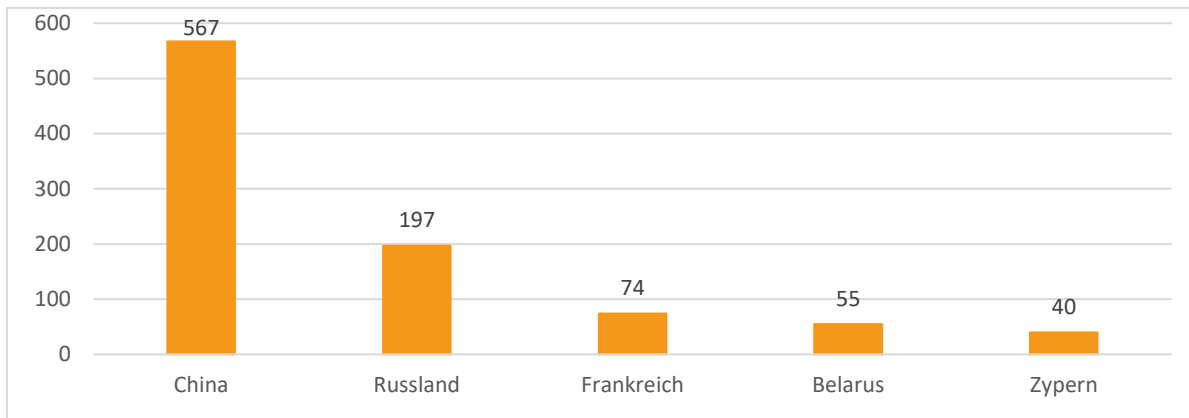
Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	-	3	10	14

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

## Schaubild 2

### Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

## Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juni 2025) nahm Serbien zwischen 2020 und 2024 die 36. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein und stieg damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich um sieben Plätze auf.

In den frühen Jahren nach der Unabhängigkeit Montenegros im Jahre 2006 war der neue unabhängige Nachbarstaat einige Jahre lang der wichtigste Waffenlieferant für Serbien, ehe Russland in den Zeiträumen 2017 bis 2021 und 2019 bis 2023 die wichtigste Position einnahm. Die Bedeutung westeuropäischer Lieferanten nimmt tendenziell ab, einzig Frankreich verbleibt unter den Top fünf wichtigsten Waffenlieferanten für Serbien.

Zwischen 2020 und 2024 belegte erstmals mit großem Abstand China die erste Position. Im genannten Zeitraum erhielt Serbien sechs bewaffnete CH-92 Drohnen im Rahmen eines 30 Mio. US-Dollar Geschäftes, das auch einen Technologietransfer für die Entwicklung serbischer Pegasus Drohnen enthält. Außerdem lieferte China 2020 50 Luft-Boden-Raketen für die CH-92 Drohnen. Weitere zehn bewaffnete Drohnen des Typs CH-95 wurden 2022 von Serbien geordert und zwischen 2022 und 2023 geliefert. Zwischen 2022 und 2023 importierte Serbien außerdem drei Flugabwehrraketensysteme inklusive 300 dazugehörigen Flugabwehrraketen aus China. 2023 bestellte Serbien vier weitere Flugabwehrsysteme vom Typ HQ-17A inklusive 100 Raketen, deren Lieferung 2024 erfolgte.

An zweiter Stelle der wichtigsten Waffenlieferanten für Serbien lag im aktuellen Zeitraum 2020-2024 Russland. Dies resultiert aus zahlreichen Schenkungen seitens Russlands in den vergangenen Jahren. Zudem bekundete Serbien Interesse daran, seine Streitkräfte durch die Anschaffung russischer Systeme zu modernisieren, darunter 3D-Überwachungsradare, Flugabwehrsysteme und Kampfhubschrauber. Bereits im November 2013 wurde ein bilaterales Kooperationsabkommen zur Verbesserung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit der serbischen Armee unterzeichnet. Ende 2016 verständigten sich Serbien und Russland auf eine Intensivierung der militärischen Kooperation. 2017 wurde bekannt, dass Russland Serbien sechs gebrauchte MiG-29-Kampffjets, 30 T-72B-Kampfpanzer, 30 gepanzerte Fahrzeuge

sowie zwei An-26-Transportflugzeuge kostenfrei überließ. Serbien kündigte an, die neue Ausstattung vollständig zu modernisieren und instand zu setzen. Bis 2021 wurden alle Waffensysteme geliefert. Belgrad war an der Lieferung von Buk-M2 Flugabwehrraketensystemen interessiert. Hier werden Verträge in der Zukunft erwartet, doch Stand 2025 gibt es keine Meldungen zum Stand der Verhandlungen oder möglicher Lieferungen. Die Lieferung von zwei Mi-17V-5 Helikoptern aus Russland im Juni 2016 wurde durch eine weitere Lieferung von drei Helikoptern desselben Typs 2021 ergänzt. Die gelieferten Helikopter werden hauptsächlich zu Such- und Rettungszwecken genutzt und ersetzen die veralteten Mi-17 Modelle. Darüber hinaus exportierte Russland 2019 vier Mi-35M-Kampfhubschrauber nach Serbien, von denen Serbien 2021 vier weitere orderte, sowie 2020 sechs mobile Luftabwehrsysteme (Pantsyr-S1) und 150 dazugehörigen Flugabwehrraketen. 2021 wurden 300 Panzerabwehrraketen bestellt und geliefert.

Der drittichtigste Waffenlieferant für Serbien zwischen 2020 und 2024 war Frankreich, von wo Serbien 2022 insgesamt 50 tragbare Luftabwehrraketen erhielt, die von einem PASARS-16 System verwendet werden können. Wahrscheinlich im Jahre 2021 platzierte Serbien eine Bestellung über die Luftsuchradare der Typen Ground Master. Bei mutmaßlich sieben davon handelt es sich um den Typ Ground Master-200 von denen wahrscheinlich die ersten drei Exemplare 2024 nach Serbien geliefert wurden. Wahrscheinlich handelt es sich bei den verbleibenden drei um den Typ Ground Master-400 in der Version Alpha, von denen zwischen 2023 und 2024 vermutlich drei Stück geliefert worden sind.

Belarus, als viertichtigster Rüstungslieferant Serbiens zwischen 2020 und 2024, stiftete Serbien 2021 vier ausgemusterte, vor der Lieferung modernisierte MiG-29S Kampfflugzeuge, welche bis Ende 2021 vollständig geliefert wurden.

Durch die Lieferung von mutmaßlich elf gebrauchten Mi-24P/Mi-35P Kampfhubschraubern im Jahr 2023 landete Zypern zwischen 2020 und 2024 an fünfter Stelle der wichtigsten Waffenlieferanten für Serbien.

## Militärausgaben

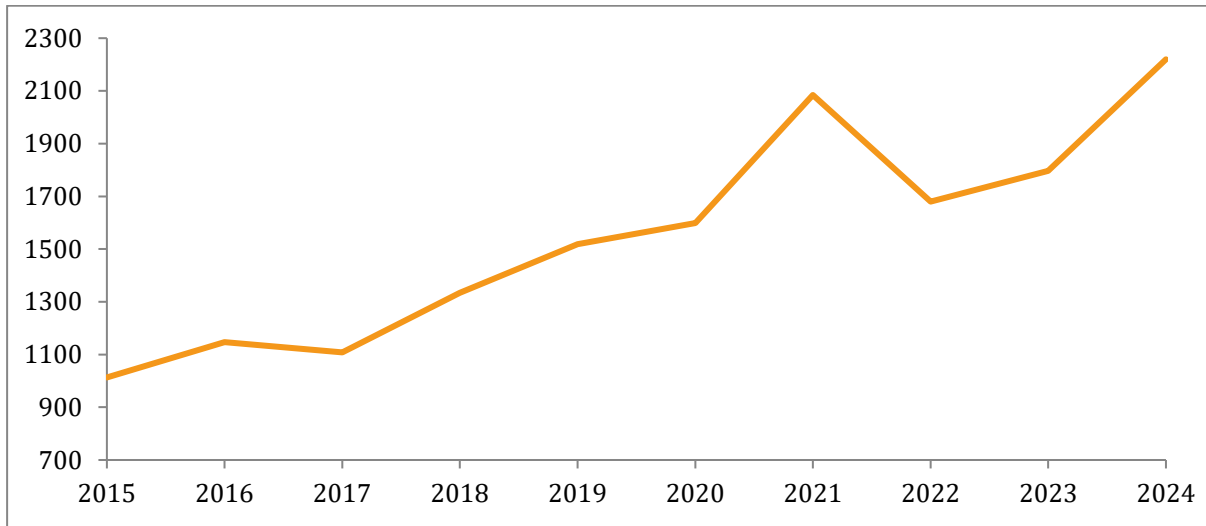
**Tabelle 5**

***Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)***

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1599	2084	1681	1797	2220
Anteil am BIP (in Prozent)	2,3	2,7	2,2	2,2	2,6
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	5,0	6,1	5,3	5,4	6,1

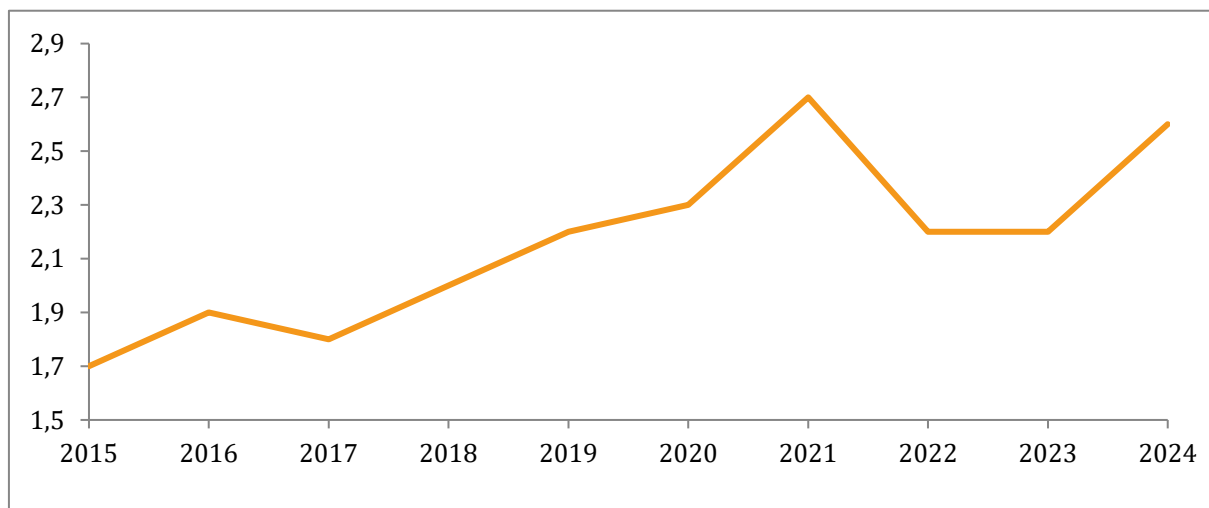
*Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.*

*Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

**Schaubild 3****Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 4****Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Kommentar**

Im Juni 2013 kündigte die serbische Regierung nach jahrzehntelangen Einsparungen im militärischen Sektor an, 79 Millionen Euro in die Sanierung der lokalen Rüstungsindustrie investieren zu wollen. Die Budgetknappheit im Rüstungsbereich konnte in der Vergangenheit

teilweise durch ausländische Spenden kompensiert werden. So empfangen die serbischen Streitkräfte von 2012 bis 2015 insgesamt 68 Spenden im Wert von 18 Millionen Euro, die überwiegend auf die Ausrüstung und die Verbesserung von Training und Bildung der Streitkräfte ausgerichtet waren. Dennoch besteht weiterhin ein dringender Modernisierungsbedarf.

## Lokale Rüstungsindustrie

Serbiens Rüstungsindustrie besteht aus rund 180 bis 270 privaten und staatlichen Konzernen und zählt zu den bedeutendsten unter den Balkan-Ländern. Produktionskapazitäten bestehen überwiegend im Bereich der auf Raketen- und Artilleriesysteme sowie konventioneller Munition. In Bezug auf komplexe Waffensysteme ist Serbien nach wie vor von Importen abhängig.

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens. Damals spielte die Rüstungsindustrie als Einnahmequelle für Devisen sowie als zentrales Standbein für das wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. In den 1990er Jahren blieben unter dem damaligen Präsidenten Milosevic notwendige wirtschaftliche und politische Reformen im Rüstungssektor zur Umstrukturierung der Rüstungsindustrie aus. Stattdessen wurde sie weiterhin stark vom Staat und ohne Auflagen, wie etwa einen Restrukturierungsprozess einzuleiten oder die Effizienz zu verbessern, unterstützt. Im Krieg zwischen der NATO sowie Serbien und Montenegro 1999 wurden zahlreiche Produktionsstätten sowie Forschungs- und Entwicklungsanlagen durch Luftangriffe erheblich beschädigt. Entgegen allgemeiner Berichte war die Rüstungsindustrie jedoch nicht völlig zerstört, sondern eine Vielzahl relevanter Rüstungsunternehmen begann nach Kriegsende erneut mit der Produktion. Auch die Anzahl der Beschäftigten von immerhin 20.000 Menschen zeugen von einer oberflächlich intakten Industrie nach Ende des Krieges. Dennoch wirkten die technologischen Defizite und ineffizienten Strukturen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiter und die serbische Rüstungsindustrie befand sich nach wie vor in einem strukturell desolaten Zustand. Für notwendige Reformen, Entwicklung und Forschung fehlten die Mittel.

Erst in den letzten Jahren vermochte sich die serbische Rüstungsindustrie zu erholen. Während im Jahr 2008 serbische Rüstungsunternehmen noch für 200 Millionen US-Dollar exportierten, verdoppelte sich die Summe der ausgeführten Rüstungsgüter auf 400 Millionen US-Dollar im darauffolgenden Jahr. Rüstungsexporte haben einen vierprozentigen Anteil am Gesamtexport Serbiens und machen das Land damit zum größten Rüstungsexporteur auf dem Balkan. Im Oktober 2015 teilte der damalige serbische Verteidigungsminister Bratislav Gasic mit, dass sich die Rüstungsexporte 2015 auf einen Wert von 750 Millionen US-Dollar erhöht haben – der größte Anstieg seit 15 Jahren. Gegenwärtig arbeiten immer noch mindestens 10.000 Menschen in der Rüstungsindustrie. Andere Quellen beziffern die Anzahl der Jobs in dem Sektor auf bis zu 32.000. Im Januar 2014 kündigte der damalige serbische Verteidigungsminister jedoch an, dass in der staatlichen Rüstungsindustrie bis Ende 2014 10 Prozent der Arbeitsplätze gestrichen und Neuanstellungen nur noch mit Genehmigungen des Verteidigungsministeriums genehmigt werden würden. Derzeit gibt es sechs bedeutende Rüstungsfirmen in Serbien: Zastava Oruzje, Prvi Partizan, Prva Iskra, Sloboda, Milan Blagojevic and Krusik.

Produktion und Export von Munition machen den Löwenanteil der serbischen Rüstungsexporte aus. Empfänger für moderne Panzerabwehrmunition oder Mörsergranaten lassen

sich in der ganzen Welt finden, vorwiegend jedoch unter alten Verbündeten Jugoslawiens, wie z. B. Libyen und dem Irak. Einige Rüstungsunternehmen haben Herstellung und Export in den vergangenen Jahren erfolgreich diversifiziert. Inzwischen werden auch mobile Haubitzen, Trainingsflugzeuge, Feuerleitkontroll- und Panzerabwehrsysteme für den Export produziert. Trotz der eigentlichen neutralen Haltung Serbiens gegenüber des Krieges in der Ukraine, wird Serbien durch Russland beschuldigt Waffen über Drittstaaten an die Ukraine zu liefern. Demnach sollen serbische Waffen – insbesondere Munition für Kleinwaffen und Artillerie des Kalibers 155mm – über NATO-Staaten wie die Tschechische Republik, Polen und Bulgarien, sowie über einige weitere Staaten aus Afrika in die Ukraine gelangt sein.

Insgesamt ist eine erfolgreiche Modernisierung der serbischen Rüstungsindustrie festzustellen. Dennoch ist der von der Regierung gewünschte Schritt zur Produktion hochtechnologischer Waffensysteme bis heute nicht erfolgt. Serbiens Anstrengungen, im globalen Rüstungsmarkt eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern unter dem Dach von Yoguimport-SDPR forciert. Kurzzeitig gab es hierbei auch eine grenzübergreifende Rüstungskooperation mit Kroatien, die in einem formellen Abkommen im Juni 2010 besiegelt wurde. Offenbar hatte diese, ob der historischen Spannungen beider Länder, aber nicht lange Bestand.

2013 wurde bekannt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate 150 Millionen US-Dollar in die serbische Rüstungsindustrie investieren wollen, um Panzerhaubitzen und ALAS Lenktraketen zu entwickeln. Die VAE verfolgen das Ziel, ihre technologischen Fähigkeiten in der Rüstungsindustrie durch Kooperation mit anderen Staaten zu vergrößern.

Ein weiterer wichtiger Akteur ist das Military Technical Institute (MIT), eine Forschungseinrichtung, die verschiedenste Waffensysteme entwickelt und die serbischen Streitkräfte mit bis zu 75 Prozent der verwendeten Waffen und Ausrüstungen beliefert. Das MIT produziert ebenfalls für den Export. Exportschlager der serbischen Industrie sind etwa das Artilleriesystem Nora B-52 (155-mm-Radhaubitze), der ALEKSANDAR MGS-25 (einer Version des B-52 für den arabischen Markt) und die verschiedenen Militärfahrzeuge der Familie Lazar und Milosh sowie die ALAS-Familie (Mehrzweck-Lenkflugkörper, welche teilweise auch zu Aufklärungszwecken genutzt werden können). Ein Exporterfolgswort sind dabei die relativ niedrigen Kosten bei gleichzeitig hoher Qualität.

2020 und 2021 wurden jeweils von serbischen Privatunternehmen auch Drohnen entwickelt und auf den Markt gebracht, eine davon in Kooperation mit China. Auch unbemannte Landfahrzeuge (Little Milosh) und unbemannte Helikopter (Strsljen/X-01) gehören mittlerweile zum Repertoire. Neben China und den VAE kooperieren auch die USA, Griechenland und Zypern verstärkt mit Serbien.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 6 Monate (freiwillig) (Rücknahme der Freiwilligkeit für Ende 2025 geplant).

**Box 1****Gesamtstärke der Streitkräfte**

28.150 aktiv, davon:

Heer: 13.250

Luftwaffe: 5.100

Ausbildungseinheit: 3.000

Wachen: 1.600

Andere Einheiten des Verteidigungsministeriums: 5.200

Reserve: 50.150

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 3.700, davon:

Gendarmerie: 3.700

Quelle: IISS Military Balance 2025

**Tabelle 6****Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	28,2	28,2	18,2	28,2	28,2	28,2	28,2	28,2	28,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	4	4	2,6	4,1	4,1	4,1	4,2	4,3	4,3

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

**Bewaffnung der Streitkräfte****Tabelle 7****Heer**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	229	Davon 4 M-84AS1 in Erprobung
Schützenpanzer	Mehr als 349	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	160	
Aufklärer	76	
Bergepanzer	Einige	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Brückenlegepanzer	Einige	
Pionierpanzer	Einige	
Artillerie	461	
Panzerabwehr	48	Zusätzlich einige rückstoßfreie Abschussgeräte und tragbare Panzerabwehrwaffensysteme, darunter AT-3 Sagger, AT-4 Spigot und Kornet-EM
Luftabwehr	Mehr als 94	Zahl der Boden-Luft-Raketen, zusätzlich mehr als 56 Geschütze
Drohnen	6	Kampfdrohnen (CH-92A)

Quelle: IISS Military Balance 2025

## Box 2

### Weitere Heeresseinheiten:

River Flotilla:

4 Patrouillenboote

4 Mehrzwecklandungsboote (ein weiteres nicht einsatzfähig)

3 Logistik- und Unterstützungsschiffe

4 Minenboote

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Kommentar

Das Heer ist neben den anderen Teilstreitkräften ebenfalls seit dem Jahr 2000 Teil einer umfassenden Strukturreform, im Rahmen derer die Anzahl der aktiven Soldat:innen radikal verringert wurde. Seit der Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 2011 hat das Heer massive Probleme, weiterhin ausreichend Personal zu rekrutieren. Traditionell ist das Heer die wichtigste Teilstreitkraft und primär auf die Landesverteidigung ausgerichtet. Das aktuelle White-Paper zur Verteidigungspolitik sieht eine weitgehende Neutralität des Landes vor, welches jedoch über einen Individual Partnership Action Plan Beziehungen zur NATO und traditionell gute Beziehungen zu Russland pflegt.

Das serbische Heer ist mit vorwiegend veraltete Rüstungsgüter aus dem ehemaligen Jugoslawien ausgestattet. Einige der Güter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Gerät aussortiert werden. 2017 kündigte Russland eine zeitnahe Lieferung von 30 T-72 Kampfpanzern und 30 gepanzerten Fahrzeugen (BRDM-2MS) als Schenkung an, 2021 wurden diese übergeben. Mit insgesamt 229 Kampfpanzern, 349 Schützenpanzern und 461 Artilleriegeschützen ist die Ausstattung des Heeres rein quantitativ und gemessen an der Größe des Landes recht umfangreich.

Erklärtes Ziel der serbischen Regierung ist es, das Militär europäischen bzw. NATO-Standards anzugleichen und gleichzeitig für Einsätze der Vereinten Nationen vorzubereiten.

Hierzu hat Serbien auch im Jahr 2014 auch einen Individual Partnership Action Plan mit der NATO unterzeichnet. Neben einer Professionalisierung der Armee im Zuge der Reform ist die politische Führung ebenfalls bestrebt, moderne Waffen und Ausrüstung anzuschaffen, um das Heer auf zukünftige Aufgaben vorzubereiten. So erwarb Serbien im Jahr 2024 insgesamt 30 gebrauchte Schützenpanzer des Typs BTR-80A von den ungarischen Streitkräften. Diese werden ergänzt durch zwei Evakuierungsfahrzeuge (Dingo-2) aus deutscher Produktion und fünf US-amerikanischen BearCat (Mannschaftstransporter). Auch soll der Bestand an (selbstfahrenden) Luftabwehrsystemen verbessert werden, wie die Bestellung von sechs Pantsyr-S1E und 150 entsprechende Boden-Luft-Raketen (beides erhalten im Jahr 2020 aus Russland) sowie vier chinesischen HQ-17A (inkl. 300 entsprechender Boden-Luft-Raketen) auch belegt.

Die Fähigkeiten im Bereich der elektronischen und Cyber-Kriegsführung sollen in naher Zukunft verbessert werden.

## Tabelle 8

### Marine

Die serbische Marine wurde nach der Unabhängigkeit 2006 nach Montenegro transferiert. Lediglich die Fluss-Flotille (Danube Flotilla) ist unter serbischer Kontrolle verblieben und wurde den Landstreitkräften zugeordnet.

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Serbiens Marine wurde mit der Abspaltung Montenegros an dieses Land übergeben. Angesichts des Verlusts von Zugängen zum Meer und den Seehäfen verfügt Serbien heute lediglich über eine Flottille, die jedoch im Zuge der Militärreform den Landstreitkräften unterstellt wurde. Aufgabe der Marineeinheit ist es, die nationalen Wasserstraßen zu schützen. Mit Ausnahme des Kommandoschiffs, das aus österreichischer Produktion stammt, verfügte die serbische Marine über Schiffe aus dem ehemaligen Jugoslawien, vorwiegend Minensuchboote und kleinere Patrouillenboote.

## Tabelle 9

### Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	14	
Jagdbomber	Bis zu 18	
Aufklärungsflugzeuge	10	Alle kampffähig; alle eingelagert
Ausbildungsflugzeuge	44	Davon 19 kampffähig

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	9	
Kampfhubschrauber	12	
Mehrzweckhubschrauber	52	
Transporthubschrauber	8	
Raketen	Einige	u. a. AA-8 Aphid, AGM-65 Maverick, A-77 Thunder
Luftabwehr	Mehr als 53	

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Serbiens Luftwaffe ist mit 5.100 Soldat:innen relativ klein und umfasst derzeit 51 Kampfflugzeuge. Primäre Aufgabe ist gegenwärtig der Schutz und die Kontrolle des Luftraums und die Unterstützung der Bodentruppen. Den Kern der Luftwaffe bilden russische Abfangjäger der Typen MiG-29 UB/SE/C und Erdkampfflugzeuge des Typs J-22 Orao 1. Zwischen 2007 und 2008 wurden bis zu fünf der 14 MiG-29 generalüberholt und modernisiert, dennoch gelten die Flugzeuge als veraltet. Insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg und den gegen Russland verhängten Sanktionen ist die Einsatzfähigkeit dieser Flugzeuge aufgrund Ersatzteilmangels stark eingeschränkt. Im Jahr 2024 wurde daher bekannt, dass diese durch 12 vermutlich gebrauchte französische Rafale oder jüngere MiG-29 (gebraucht aus Ungarn) ersetzt werden sollen.

Ebenfalls ersetzt werden sollen seit längerem sowohl die immer noch im Einsatz befindlichen Erdkampfflugzeuge des Typs J-22 Orao und die Strahltrainer des Typs Galeb G-4. Erstere wurden in Jugoslawien entwickelt und produziert, sind aber heute nur noch in der serbischen Luftwaffe im Einsatz. Teile der Galeb G-4 Flotte wurden ebenfalls bereits einer Modernisierung unterzogen. Seit einigen Jahren bestehen Pläne beide Typen zu ersetzen. Im Gespräch sind dabei Maschinen des Typs Boeing T-7A oder Alenia Aermacchi M-346 Master.

Um die Luftverteidigung sicherzustellen und die Unterstützung von Bodentruppen zu garantieren hat Serbiens Regierung ebenfalls Teile der Hubschrauberflotte in den vergangenen Jahren modernisiert. Deutschland lieferte hierzu zwischen 2018 und 2020 sechs EC145 Helikopter, neun weitere Exemplare sind bestellt (von welchen 2024 bereits vier geliefert wurden). Hinzu kommen elf gebrauchte Mi-24P/Mi-35P Kampfhubschrauber aus Zypern. Der serbischen Luftwaffe mangelt es derzeit jedoch noch immer an Pilot:innen. Zur allgemeinen Verbesserung der Rekrutierung plant Serbien ab September 2025 einen 75-tägigen Grundwehrdienst für Männer (wieder-)einzuführen. Für Frauen soll dieser weiterhin freiwillig bleiben. Jährlich sollen damit 20.000 Männer einberufen werden. Ein 155-tägiger Ersatzdienst ist allerdings möglich.

**Box 3*****Peacekeeping****Libanon (UNIFIL): 182 Soldat:innen**Mittlerer Osten (UNTSO): 1 Soldat:in**Somalia (EUTM Somalia): 6 Soldat:innen**Zentralafrikanische Republik (EUTM RCA): 7 Soldat:innen  
(MINUSCA): 72 Soldat:innen**Zypern (UNFICYP): 10 Soldat:innen**Quelle: IISS Military Balance 2025***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Traditionell verfügt das serbische Militär über eine starke Position innerhalb der Gesellschaft und erinnert noch heute teilweise in seiner Funktion und Rolle an das des ehemaligen Jugoslawiens. Damals war es nicht nur eines der stärksten innerhalb Europas, sondern auch ein Stützpfeiler der Gesellschaft. Die historische Verankerung geht einerseits auf ihre bedeutende Rolle bei dem Aufbau des serbischen Staates, andererseits auf ihre Rolle als soziale Aufstiegsmöglichkeit für die unteren Schichten der Gesellschaft zurück.

Im Gegensatz zu der Zeit Jugoslawiens war das Militär in Serbien jedoch nicht von der gesamten Bevölkerung so anerkannt. Insbesondere die Jugend und junge Erwachsene nahmen eine kritische Position gegenüber dem Militär ein. Weil Milosevic (Präsident des (sozialistischen) Serbiens und Jugoslawiens; 1989–2000) dem Militär misstraute, versuchte er seinen Einfluss durch den Ausbau der Polizei und des Geheimdienstes zurückzudrängen. Während der Aufstände im Jahr 2000 intervenierte das Militär nicht und trug so maßgeblich zum Sturz von Milosevic bei. Nach seinem Sturz übernahm das Militär erneut wichtige Funktionen innerhalb des Staates und konnte seine Position festigen.

Infolge zahlreicher Konflikte und dem Einsatz des Militärs im Inneren haben sich Funktion und Ansehen des Militärs innerhalb der Gesellschaft maßgeblich gewandelt. Seit Ende des Kalten Krieges kommt dem Militär eine eher zwiespältige Rolle zu. So untergrub es teilweise demokratische Bestrebungen, war andererseits teilweise aber auch Katalysator für diese. Hinzu kommt, dass das Militär lange Zeit mit Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht wurde. Nach Reformen wurde das Ansehen der Streitkräfte jedoch wieder deutlich verbessert. Nach dem Sturz Milosevics sollte eine demokratische Kontrolle über das Militär etabliert werden. So wurde z. B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen von 2003 und 2006 sowie der Militärreform zivil geführt wird. Dennoch ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend und zögerlich bei der Ausübung von Kontrollfunktionen. Durch einige Gesetzesänderungen verfügt die Bevölkerung ebenfalls über gewisse Kontrollfunktionen. So kann die Zivilgesellschaft durch ein Mehr an Transparenz und öffentlicher Aufmerksamkeit, etwa im Bereich des Verteidigungsbudgets, stärkere Kontrollfunktionen ausüben. Dennoch bergen demokratische Rückschritte in den letzten Jahren und der ungeklärte Status des Kosovo das Potenzial für erneute Militarisierungstendenzen.

Mit Beginn des Jahres 2011 wurde die Wehrpflicht in Serbien offiziell abgeschafft. Der amtierende Präsident Aleksandar Vucic unterzeichnete im September 2024 eine Vereinbarung über die Wiedereinführung der Wehrpflicht in seinem Land. Diese sieht vor, dass serbische Männer einen obligatorischen Militärdienst ableisten, der 60 Tage Ausbildung und 15 Tage Übungen umfasst, so die Regierung. Für Mädchen wird der Dienst freiwillig sein.

Eine Erhebung im Jahr 2013 ergab, dass die Streitkräfte weiterhin ein hohes Ansehen in der serbischen Bevölkerung genießen und das Militär für die Bürger:innen zu einer der vertrauenswürdigsten Institutionen zählt. Auch einer Umfrage des Belgrader Zentrums für Sicherheitspolitik im Jahr 2020 zufolge haben 65 Prozent der Befragten Vertrauen in die Streitkräfte und halten sie für die am wenigsten korrupte Institution des Landes. 73 Prozent der Befragten sind für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, was jedoch nicht auf ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis zurückgeht, sondern von einer Mehrzahl der Befürworter:innen mit einer Disziplinierung der Jugend und Traditionen begründet wird. In diesem Sinne wird dem Militär also auch eine erzieherische Funktion zugeschrieben, vor allem aber unter älteren Befragten. Diese Befunde stützen auch Ergebnisse des jüngsten World Values Survey (Erhebungswelle 2017-2022), denen zufolge 42,8 Prozent der serbischen Befragten dem Militär ihr Vertrauen aussprechen, während 18,2 Prozent sogar sehr großes Vertrauen ins Militär äußern. Gleichzeitig haben 28,9 Prozent der Befragten nicht viel Vertrauen ins Militär und 7 Prozent gar keins.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

**Tabelle 10**

***Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)***

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

*Quelle: IMF Government Finance Statistics.  
legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799*

Parallel zur Militärreform begann trotz zahlreicher Hindernisse eine weitreichende und umfassende Sicherheitssektorreform. Fast zehn Jahre nach Beginn der Reform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden.

Neben dem Militär sind insbesondere die Polizei und der Geheimdienst Gegenstand der Sicherheitssektorenreform. Derzeit verfügt Serbien über drei Geheimdienste: Einen zivilen, den Security Information Service (BIA), und zwei militärische, den Military Intelligence Service (VOA) und die Military Security Agency (VBA). Eine Reform des Geheimdienstes ist weiterhin aufgrund der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Nach dem Ende des Milosevic-Regimes war der politische Wille der neuen Führung nicht ausreichend, um die illegalen Aktivitäten und den politischen Einfluss des Geheimdienstes zu unterbinden und Strukturen zu reformieren. Es wurden einige

Gesetze geändert und Strukturen zur Überwachung des Geheimdienstes innerhalb des Parlaments geschaffen. Letztere sind jedoch unzureichend und stellen lediglich den Beginn einer wirklichen Reform dar. In der Praxis ist die parlamentarische Kontrolle kaum funktionsfähig, da sie nicht ausgeübt wird. Selbst das Verteidigungsministerium forderte öffentlich, die Kontrolle über den Geheimdienst zu stärken und zu verbessern.

Eine umfassende Polizeireform stand nach dem Sturz Milosevics ganz oben auf der politischen Tagesordnung und blieb dort während der verschiedenen Regierungen in den letzten Jahren, da die Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes galt und daher innerhalb der Gesellschaft kein hohes Ansehen genoss. Auch wenn der politische Wille vorhanden ist, vollzog sich die Reform eher auf der politischen Ebene, während es bei der Umsetzung und Implementierung in der Praxis weiterhin Defizite zu bemängeln gibt. Durch eine unsystematische Umsetzung der Reform, ohne größeren Plan und Strategie, sind die eigentliche Ziele, die Polizei zu de-kriminalisieren, de-politisieren, de-militarisieren sowie eine Dezentralisierung einzuleiten, bis heute nur bedingt erreicht. Gegenwärtig unterstehen die etwa 28.000 uniformierten Polizist:innen des Landes dem Innenministerium und sind u. a. unterteilt in Zoll, Kriminalpolizei, Grenzpolizei sowie zwei Anti-Terror-Einheiten, die „Special Antiterrorist Unit“ und die „Counterterrorist Unit“.

Außer den staatlichen Sicherheitskräften gibt es ebenfalls einen großen Markt privater Sicherheitsanbieter, der im letzten Jahrzehnt deutlich gewachsen ist. Mit dem Beginn der Sicherheitssektorreformen und der damit verbundenen Verkleinerung der Streitkräfte und der Polizei drängten viele Menschen auf den Markt, um ihre Fähigkeiten anzubieten. Schätzungen zufolge gibt es derzeit etwa 3.000 private Sicherheitsunternehmen, die annähernd 30.000 Menschen beschäftigen.

Der o. g. Umfrage des Belgrade Centres for Security Policy zufolge wird die Polizei im Jahr 2020, im Gegensatz zu den Streitkräften, von mehr als 70 Prozent der Befragten als überwiegend oder vollständig korrupt bezeichnet. Auch gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, die Polizei schütze nicht die Bürger:innen, sondern die Interessen von Kriminellen, Politiker:innen und Reichen. Diese Wahrnehmung wird auch vom Global Crime Index geteilt. Der Index nennt Korruption und Verbindungen zwischen kriminellen Netzwerken und Polizei als Hauptgrund, wieso Ermittlungen gerade im Wirtschaftssektor erfolglos bleiben. Trotz den Korruptionsvorwürfen gibt es keine unabhängige Kontrollinstanz für die Polizei. Der Amnesty International Report 2023 berichtet von rechtswidriger Gewalt und diskriminierenden Maßnahmen von Polizist:innen gegen Demonstrant:innen. Die Polizei wird auch zunehmend politisch instrumentalisiert und geht gegen unliebsame Journalist:innen und Aktivist:innen vor. So werden regelmäßig Razzien gegen NGOs und deren Mitarbeiter:innen durchgeführt und es kommt zu willkürlichen Festnahmen. Diese werden oftmals beschuldigt, durch andere Regierungen bzw. ausländische Akteure finanziert zu werden und in deren Dienst zu stehen.

## Diversität in den Sicherheitskräften

LGBTQIA+-Personen dürfen in Serbien seit 2007 faktisch offen in den Streitkräften dienen. Grundlage dafür bildet Artikel 13 des Militärgesetzes, der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und anderer persönlicher Merkmale verbietet. 2010 stellte die serbische Armee nochmals ausdrücklich klar, dass homo- und bisexuelle Menschen offen in den professionellen Streitkräften dienen können. Aufmerksamkeit erregte 2014 dennoch der Fall der

Transfrau Major Helena Vuković, die nach ihrem öffentlichen Outing zwangsweise in den Ruhestand versetzt wurde. Der Verteidigungsminister entschuldigte sich 2015 für diesen „Verwaltungsfehler“ und betonte, dass es in den Streitkräften keine Diskriminierung gebe. Auch ein Gericht entschied zugunsten Vukovićs. Nichtsdestotrotz sind LGBTQIA+-Personen in der Praxis aber oftmals Anfeindungen ausgesetzt.

Frauen hingegen konnten bereits vor den 2000er Jahren im Militär arbeiten, waren jedoch weitgehend auf medizinische, administrative und ähnliche Tätigkeiten beschränkt. Mitte der 2000er Jahre öffnete Serbien schrittweise auch die regulären Soldaten- und Offizierslaufbahnen für Frauen. Einen wichtigen Meilenstein stellte die Öffnung der Militärakademie für Frauen Anfang 2007 dar; der erste Jahrgang weiblicher Kadetten schloss 2011 ab. Seither können Frauen grundsätzlich sämtliche Funktionen und Ränge übernehmen – einschließlich Kampfrollen und Einsätzen in Spezialeinheiten –, auch wenn viele dieser Positionen zunächst de facto weiterhin männlich dominiert blieben.

2010 lag der Frauenanteil im Verteidigungsministerium insgesamt bereits bei rund 19,5 %, innerhalb der Streitkräfte jedoch erst bei 2,8 %. Besonders niedrig war ihr Anteil unter Offizieren (0,44 %) und Unteroffizieren (0,38 %), während Frauen unter den Berufssoldat:innen immerhin gut 7 % ausmachten. Bis 2023 erhöhte sich der Frauenanteil in den Streitkräften auf 10,6 %. Besonders in den Mannschaftsdienstgraden stieg ihre Präsenz deutlich an: dort stellen Frauen inzwischen rund 17,7 % des Personals. Gleichzeitig bleiben sie in höheren Dienstgraden klar unterrepräsentiert: Frauen machen nur gut 10,2 % der Offiziere und lediglich 3,6 % der Unteroffiziere aus. Auch Führungspositionen bleiben überwiegend männlich besetzt: Im Verteidigungsministerium besetzen Frauen knapp 27 % der Leitungsfunktionen, in den Streitkräften jedoch nur gut 6 % der Kommandoposten. Der höchste bislang von einer Frau erreichte Dienstgrad ist weiterhin der einer Oberstin; zudem hatte Serbien bislang noch nie eine Verteidigungsministerin.

Gleichzeitig weitete sich die tatsächliche Einsatzbreite von Soldatinnen aus. Frauen dienen mittlerweile auch in Spezialeinheiten wie dem Militärpolizeikommando „Cobras“ oder der 72. Spezialeinsatzbrigade. Insgesamt stellen Frauen heute – einschließlich ziviler Beschäftigter – sogar die Mehrheit des Personals im Verteidigungsministerium (54 %). Dennoch konzentriert sich ihre Tätigkeit weiterhin stark auf zivile und unterstützende Bereiche. Auch bei internationalen Einsätzen bleiben Frauen unterrepräsentiert: Von 196 an die UN entsandten serbischen Sicherheitskräften waren im Dezember 2025 lediglich elf Frauen.

Ähnliche Entwicklungen zeigen sich im Polizeisektor. 2010 lag der Frauenanteil im Innenministerium bei rund 21 %, wobei Frauen vor allem in administrativen, Bildungs- und Unterstützungsbereichen arbeiteten. Nur knapp 8 % der uniformierten Polizeikräfte waren weiblich. Laut UNODC lag der Frauenanteil innerhalb des Polizeipersonals 2015 bei gut 23 %, wobei unklar bleibt, welche Personalkategorien genau erfasst wurden. Im Gefängnispersonal war der Anteil mit knapp 29 % höher, im Zoll mit rund 42 % besonders hoch. Selbst in der Security Information Agency erreichten Frauen bereits einen Anteil von über 30 %, obwohl dort keine institutionalisierten Fördermechanismen bestanden; knapp 11 % der Führungspositionen waren dort weiblich besetzt.

In Bezug auf die Women, Peace and Security (WPS) Agenda der UN verabschiedete Serbien 2010 einen ersten Nationalen Aktionsplan (NAP). Ein zweiter Aktionsplan galt von 2017 bis 2020; seither wurde bislang kein neuer verabschiedet. Stand 2025 befindet sich ein dritter Nationaler Aktionsplan in Vorbereitung.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Serbien ist einem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der UN und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen. Serbien ist als Nachfolger des ehemaligen Jugoslawiens Mitglied der regionalen Rüstungskontrollvereinbarung mit Bosnien und Herzegowina und Kroatien, das die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme in den Ländern begrenzen soll und ihnen Recht zur Inspektion einräumt. Im Jahr 2016 stimmte Serbien gegen die Resolution der UN-Generalversammlung, mit der das formale Mandat für die Staaten zur Aufnahme von Verhandlungen über „ein rechtsverbindliches Instrument zum Verbot von Kernwaffen, das zu ihrer vollständigen Abschaffung führt“, festgelegt wurde. Serbien hat 2017 nicht an den Verhandlungen über den AVV bei der UN in New York teilgenommen und somit auch nicht über dessen Annahme abgestimmt. Dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (2014) ist Serbien aber beigetreten.

Gegen Serbien sind derzeit weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

#### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**Box 4****Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

*Authorities responded to nationwide protests with excessive force, arbitrary arrest, curbs on civil society, and attacks on journalists and independent media, the latter part of wider interference with media freedom. Justice for war crimes remains slow, with cases plagued by delays. People with disabilities remain confined to overcrowded institutions with inadequate care.*

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026

<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/serbia/kosovo>

**Box 5****Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

*Protesters, journalists and civil society organizations continued to face intimidation, harassment and unlawful surveillance as authorities sought to rein in widespread discontent. Discrimination remained a significant concern affecting women and girls, Roma, LGBTI people and people with disabilities. There was limited progress on ensuring the right to a healthy environment. War crimes prosecutions and regional judicial cooperation were sidelined. The government stepped up arms transfers to Israel.*

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

**Box 6****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

*Bewertung für Serbien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 35/60*

*Politische Rechte: 18/40*

*Gesamtbewertung: Teilweise frei (53/100)*

*Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

## Box 7

### **Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

*Serbia is a parliamentary republic that holds multiparty elections, but in recent years the ruling Serbian Progressive Party (SNS) has steadily eroded political rights and civil liberties, putting legal and extralegal pressure on independent media, the political opposition, and civil society organizations.*

*Quelle: <https://freedomhouse.org/country/serbia/freedom-world/2026>*

## Kommentar

Seit den Parlamentswahlen 2016 und der Machtübernahme von Aleksandar Vučić nach den Präsidentschaftswahlen 2017 hat sich die Menschenrechtslage in Serbien verschlechtert. Die Parlamentswahlen 2020, die zahlreiche Oppositionsparteien boykottierten und aus denen die SNS-Koalition erneut als Siegerin hervorging, verstärkten diese Entwicklung weiter. Amnesty International zufolge schränkt die zunehmend autoritär agierende Regierung die Medienfreiheit gezielt ein. Regierungsnahen Medien erhalten finanzielle Unterstützung, während Behörden regierungskritische Medien durch Steuern, Gerichtsverfahren und Einschüchterungen unter Druck setzen. Im Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ fiel Serbien von Platz 66 im Jahr 2017 auf Platz 96 im Jahr 2025 zurück. Aufgrund einer Vielzahl von Angriffen auf Journalist:innen – auch durch die Polizei – fiel das Land im Jahr 2026 noch weiter, auf den 104. Platz zurück.

Auch Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen sind nur unzureichend geschützt. Viele sehen sich regelmäßig Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Straflosigkeit und Korruption im Sicherheitssektor sowie Rechtsverletzungen durch Polizei und Strafvollzug stellen weiterhin erhebliche Probleme dar. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten wiederholt über korruptes Verhalten der Polizei, rechtswidrige Festnahmen sowie Übergriffe und Gewaltandrohungen durch Sicherheitskräfte. Gleichzeitig untergräbt die Regierung zunehmend rechtsstaatliche Strukturen. In jüngerer Zeit verabschiedete Gesetze schwächen die Unabhängigkeit der Justiz und erhöhen ihre Anfälligkeit für politischen Druck.

Weitere Defizite bestehen beim Minderheitenschutz und bei der Bekämpfung von Diskriminierung. Gesetzliche Schutzmechanismen bleiben unzureichend, und in der Praxis sind Minderheiten weiterhin Benachteiligungen ausgesetzt. Besonders Rom:nja und Sinti:zze, aber auch LGBTQIA+-Personen (siehe folgenden Kommentar), erleben häufig soziale Ausgrenzung und leben vielfach unter prekären Bedingungen.

### Geschlechtsspezifische Gewalt

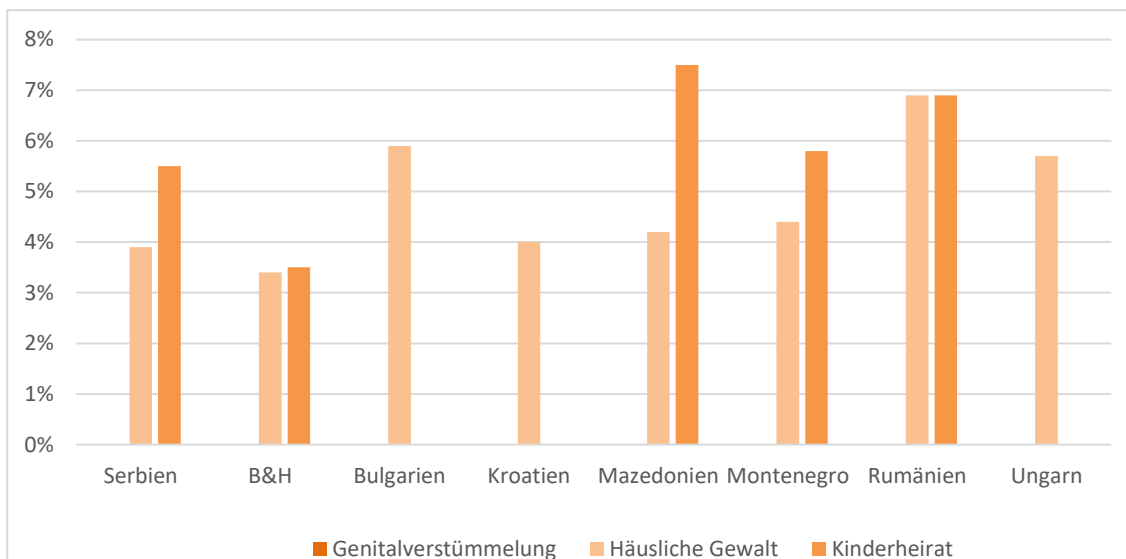
Auf internationaler Ebene hat Serbien die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der Fakultativprotokolle. Auch innerstaatlich verfügt Serbien inzwischen über einen vergleichsweise umfassenden Rechtsrahmen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt sowie Anti-Diskriminierungsgesetze – auch die sexuelle Orientierung und Identität betreffend. In der Durchsetzung zeigen sich aber Schwierigkeiten.

Geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) bleibt in der Praxis bspw. ein Problem. Aktuelle Schätzungen der WHO (aus 2023) und eine Umfrage der OSZE (2019) decken sich stark mit Angaben der UNFPA: demnach liegt die 12-Monats-Prävalenz für häusliche Gewalt innerhalb von Partnerschaften (physische und/oder sexuelle Gewalt) zwischen 3,4 und 3,9 % (regionaler Durchschnitt: 4,8 %); die Lebenszeitprävalenz sogar bei etwa 9,1 %. Seit dem 15. Lebensjahr erfuhr – unabhängig von Partnerschaft – mehr als jede fünfte Frau (22 %) physische und/oder sexuelle Gewalt; rund 40 % erlebten sexuelle Belästigung (18 % innerhalb der letzten 12 Monate). Der OSZE zufolge melden sich zudem nur rund 1 bis 3 % der Betroffenen bei entsprechenden Hilfsorganisationen oder Frauenhäusern. Gleichzeitig werden jährlich rund 30 Frauen Opfer eines Femizids. Jährlich verzeichnet die Polizei durchschnittlich (zwischen 2018 und 2024) fast 28.500 Fälle häuslicher Gewalt (inkl. psychologischer Gewalt). Die Dunkelziffer dürfte entsprechend noch deutlich höher ausfallen.

LGBTQIA+ Personen können sich zwar teilweise auf das Gleichheitsgebot in der Verfassung berufen, doch begegnen ihnen nach wie vor teils erhebliche gesellschaftliche Vorbehalte. Sie sind weiterhin Intoleranz, Drohungen und Gewalt ausgesetzt. Allein zwischen Januar und September 2023 registrierte eine lokale Unterstützungsgruppe, Da Se Zna!, 32 hassmotivierte Vorfälle gegen LGBTQIA+-Personen, darunter sieben tätliche Angriffe und fünf Drohungen. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Übergriffen auch auf entsprechende Einrichtungen. Serbien schützt queere Personen gesetzlich vor Diskriminierung – etwa hinsichtlich des Arbeits- oder Wohnungsmarkts oder vor Hassverbrechen. Die Gleichgeschlechtliche Ehe wird jedoch nach wie vor nicht anerkannt; ebenso nicht-binäre Identitäten. Im August 2023 erklärte Präsident Vučić, dass er kein Gesetz zur Anerkennung eines dritten Geschlechts oder der gleichgeschlechtlichen Ehe unterzeichnen werde, solange er Präsident sei. Im Equality Index erreicht Serbien hinsichtlich legaler Rechte daher 67 von 100 möglichen Punkten – hinsichtlich öffentlicher Anerkennung allerdings nur 33. Damit belegt Serbien weltweit den 67. Platz.

Auch Kinderrechte bleiben in der Praxis unzureichend geschützt, Kinderheiraten sind weiterhin verbreitet: Rund 1 % der Mädchen werden bis zum 15. Lebensjahr verheiratet (ca. 28.700; Stand 2019), etwa 6 – 7 % bis zum 18. Lebensjahr (ca. 246.300). Auch Kinderarbeit ist sehr weit verbreitet: 18,8 % der 5- bis 14-jährigen Kinder sind in Arbeit. Mit aktuellen Aktionsplänen und aufgestockten Budgets will Serbien hier allerdings gegen vorgehen – insb. im Rahmen von Menschenhandel. Nichtsdestotrotz sind Kontrollen weiter unzureichend. Zur Verbreitung weiblicher Genitalverstümmelung liegen keine Zahlen vor; sie ist verboten und es liegen keine Hinweise vor, dass dies eine verbreitete Praxis in Serbien ist.

## Schaubild 5

**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:  
Prävalenz häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**

*Häusliche Gewalt meint hier physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner innerhalb der letzten 12 Monate (unter 15-49-jährigen Frauen); Kinderheirat bezieht sich auf unter 18-jährige Mädchen. Quelle: United Nations Population Fund; <https://www.unfpa.org/data>*

## Innere Lage im Empfängerland

## Box 8

**Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung**

*Serbia's political system continues to be characterized by the overbearing position of President Vučić and the dominance of his Serbian Progressive Party (SNS). However, following the 2022 elections, authentic opposition parties entered parliament.*

*Parliamentary oversight of the executive remains limited, which weakens the democratic accountability of the executive. The status of independent bodies such as the ombudsman and the commissioner for public information and personal data continues to deteriorate, limiting their public impact. Minority rights are generally respected in accordance with the constitution, which defines Serbia as a multicultural country. However, the independence and pluralism of the media continue to face increasingly serious challenges. The judiciary is subject to political influence and continues to suffer from inefficiency, nepotism and corruption. Corrupt practices provide room for extensive patronage networks that are used to gain or retain power through elections. Furthermore, the judiciary and prosecutors are under the influence of the executive branch. Additionally, many corruption scandals escape investigation and prosecution. [...] The status of Kosovo is still unresolved, with a Franco-German proposal launched in the summer of 2022 serving as a foundation for ongoing negotiations. Relations with neighboring Western Balkan countries have not seen substantial improvement, primarily due to the political statements and actions of Serbian state officials. President Vučić and the ruling party face significant challenges in reconciling their public support for Ukraine's integrity with the strong support that the regime media has shown for Russia*

*in the ongoing conflict. The country's main strategic goal remains EU accession; however, the process has significantly slowed, with only four negotiating chapters opened in 2021 and none in 2022.*

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/SRB>

### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Serbien 33 Punkte (2024: 35 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Ecuador, Panama oder Thailand. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

### **Spannungen und innere Konflikte**

Einen der größten Konflikte des Landes stellt die Abspaltung Kosovos im Jahr 2008 dar. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung kämpft die albanische Mehrheitsbevölkerung Kosovos um internationale Anerkennung als souveräner Staat, während die serbische Regierung weiterhin darauf beharrt, dass Kosovo integraler Bestandteil Serbiens bleibt. Trotz diplomatischer Bemühungen beider Regierungen kommt es insbesondere in der Grenzregion und in der geteilten Stadt Mitrovica immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen ethnischen Albanern:innen und im Kosovo lebenden Serben:innen. Internationale Truppen sowie die kosovarische Polizei trennen die Konfliktparteien regelmäßig voneinander. Auch der Versuch der kosovarischen Regierung, ihre administrative Kontrolle im serbisch dominierten Norden durch den Ausbau staatlicher Verwaltungsstrukturen zu stärken, löste wiederholt gewaltsame Proteste und Ausschreitungen aus.

Im Januar 2017 verschärften sich die Spannungen erneut. Auslöser war die Entsendung eines mit serbischen Nationalfarben und nationalistischen Parolen versehenen Zuges Richtung Kosovo. Die kosovarische Regierung reagierte mit der Verstärkung der Grenze durch Spezialeinheiten und bewaffnete Fahrzeuge. Unter Vermittlung der EU nahmen beide Staaten anschließend den „Dialog zur Normalisierung“ in Brüssel wieder auf. Mittlerweile haben rund 100 Staaten Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt, darunter 23 EU-Mitgliedstaaten. 2020 unterzeichneten beide Konfliktparteien im Weißen Haus eine weitere Vereinbarung zur Entspannung des Konflikts, die zunächst gegenseitige Zusagen für Maßnahmen im Folgejahr enthielt. In der zweiten Jahreshälfte 2022 eskalierten die Spannungen jedoch erneut und spitzten sich insbesondere im Dezember weiter zu. Eine weitere Eskalation des Konflikts bleibt daher möglich (siehe hierzu Kapitel [Grenzkonflikte](#)). Ende November 2024 beschuldigte Kosovo Serbien, für eine Explosion verantwortlich zu sein, die zeitweise die Strom- und Wasserversorgung mehrerer kosovarischer Städte beeinträchtigte.

Seit 2015 thematisierte die serbische Politik zunehmend die stark gestiegene Zahl von Geflüchteten, die überwiegend auf ihre Weiterreise in die EU warteten. Seit Juli 2016 setzt die Regierung verstärkt Sicherheitskräfte an den Grenzen ein, zeitweise (2016; 2020) auch das Militär. Im Vergleich zu den Nachbarstaaten ging Serbien weniger restriktiv und mit geringerer politischer Mobilisierung gegen Geflüchtete vor. Aufgrund unzureichender infrastruktureller Kapazitäten und einer zunehmenden staatlichen Überforderung zeichnete sich allerdings ein Politikwechsel ab. Die 2016 deklarierte Schließung der Balkanroute entspannte die Lage in Serbien nicht nachhaltig. Insbesondere die restriktive Politik Ungarns, das

Geflüchtete teilweise bis zu acht Kilometer hinter der Grenze nach Serbien zurückschickt, machte das Land zu einer Art Sackgasse für Geflüchtete.

Nach den Wahlen 2016 und 2017 sowie der zunehmenden Machtkonzentration unter Präsident Aleksandar Vučić entwickelten sich Ende 2018 die größten Proteste seit der Jahrtausendwende. Auslöser waren zahlreiche Skandale um Regierungsmitglieder. Die zunächst in Belgrad entstandenen Demonstrationen breiteten sich rasch auf weitere Städte aus. Regierungsvertreter:innen dämonisierten die Protestierenden wiederholt öffentlich. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie formierten sich zudem massive Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. In diesem Zusammenhang kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei, die unter anderem Tränengas einsetzte. Demonstrierende stürmten zeitweise auch das Parlamentsgebäude. Seit Ende 2024 weiteten sich abermals Massenproteste aus. Auslöser war ein eingestürztes Bahnhofsvordach, das zahlreiche Todesopfer forderte. Demonstrierende machten Korruption und staatliches Versagen dafür verantwortlich.

## **Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region**

### **Geographische Lage**

Serbien liegt im südwestlichen Teil des Balkans und somit am Rande des ehemaligen Jugoslawiens, das nach dem Krieg in den 1990er Jahren zerfiel. In unmittelbarer Nachbarschaft liegen Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie der Kosovo. Aufgrund der geographischen Nähe zur EU besteht seitens der EU-Mitgliedsstaaten ein direktes sicherheitspolitisches Interesse an dem Land und der gesamten Region – insb. im Zuge der gestiegenen Flüchtlingszahlen auf der sog. Balkanroute. Das internationale Engagement des Westens in den Ländern des Balkans ist insgesamt stark sicherheitspolitisch geprägt, politische und wirtschaftliche Entwicklung treten in den Hintergrund.

### **Politische Situation in der Region**

Sowohl die politische Lage als auch die allgemeine Konfliktsituation in der Region bleiben instabil und angespannt. Die Konflikte der Vergangenheit – etwa in Mazedonien, Kosovo sowie im föderalen Staatsgebilde Bosnien und Herzegowina – verdeutlichen, dass selbst jahrzehntelanges internationales Engagement die weiterhin problematische sicherheitspolitische, wirtschaftliche und soziale Lage auf dem Balkan nicht nachhaltig stabilisieren konnte. Dabei prägten nicht nur die internen Zerfallsdynamiken des ehemaligen Jugoslawiens die Entwicklung der Region. Auch schwache staatliche Strukturen, ausbleibende wirtschaftliche Fortschritte sowie zahlreiche ungelöste ethnische Spannungen und Konflikte erschweren die Stabilisierung der Balkanstaaten bis heute. Teilweise verschärften die neu geschaffenen föderalen Staatsstrukturen diese Spannungen zusätzlich.

Fortschritte bei politischer und gesellschaftlicher Stabilität sowie positive wirtschaftliche Entwicklungen im Zuge möglicher EU-Beitritte einzelner Staaten werden weiterhin durch organisierte Kriminalität und illegalen Waffenhandel beeinträchtigt. Zudem sorgt die Unabhängigkeit Kosovos weiterhin für Spannungen in der Region und insbesondere für politische Konflikte in Serbien. Während die serbische Regierung die Abspaltung Kosovos vor allem mit politischen und diplomatischen Mitteln bekämpft, tragen nationalistische Mobilisierungen in

Serbien immer wieder zur Verschärfung der Spannungen bei (siehe hierzu das Kapitel [Grenzkonflikte](#)).

Im Februar 2015 entschied der Internationale Gerichtshof, dass weder Serbien noch Kroatien den Tatbestand des Völkermordes erfüllt haben. Beide Staaten hatten sich zuvor gegenseitig verklagt. Anfang 2016 verschärften sich die Spannungen zwischen beiden Ländern erneut. Serbien warf Kroatien insbesondere vor, mit Unterstützung der USA und der NATO massiv aufzurüsten. Die serbische Regierung appellierte daraufhin an Washington, das militärische Gleichgewicht auf dem Balkan nicht durch Waffenlieferungen zu gefährden, und nahm Gespräche mit Russland – seit einigen Jahren vor allem auch mit China – über mögliche Gegenmaßnahmen auf. Nationalistische Rhetorik und regionale Militärkooperationen – seit März 2025 etwa zwischen Kroatien, Kosovo und Albanien – tragen weiterhin zu Spannungen bei. So ließ der serbische Präsident Vucic noch zu Beginn 2026 verlauten, Serbien bereite sich auf einen Angriff der genannten Koalition vor.

### Grenzkonflikte

Zwischen **Serbien und Kosovo** besteht seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos ein anhaltender Grenz- und Statuskonflikt. Da Serbien die staatliche Souveränität Kosovos nicht anerkennt, akzeptierte Belgrad lange Zeit auch kosovarische Zoll- und Grenzdokumente nicht, was den Handel erheblich erschwerte. Im Sommer 2011 eskalierte der Konflikt, nachdem die kosovarische Spezialpolizei Grenzposten besetzt hatte, um ein Importem-bargo gegen serbische Waren durchzusetzen. Daraufhin kam es an der Grenze zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und serbischen Nationalist:innen, bei denen mehrere Menschen verletzt und getötet wurden. NATO-geführte Truppen der Kosovo Force (KFOR) übernahmen anschließend die Kontrolle über die Grenzposten, um die Lage zu stabilisieren und weitere Gewalt zu verhindern.

Unter Vermittlung der EU einigten sich beide Seiten im April 2013 auf ein Normalisierungsabkommen. Dieses sah unter anderem Selbstverwaltungsrechte für die serbische Minderheit im Nordkosovo vor, wobei die betreffenden Gebiete weiterhin Teil des kosovarischen Staatsverbandes bleiben sollten. Vorgesehen waren unter anderem eigene Polizeistrukturen innerhalb der kosovarischen Polizei sowie besondere gerichtliche Regelungen für die serbische Bevölkerung. Teile der serbischen Minderheit lehnten die stärkere Einbindung kosovarischer Institutionen jedoch weiterhin ab. Zudem blieb der Streit über die serbische Blockade kosovarischer Mitgliedschaften in internationalen Organisationen ungelöst. Trotz erheblicher Zweifel an der Umsetzung bewertete die damalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, das Abkommen 2014 als wichtigen Erfolg und Grundlage für weitere EU-Beitrittsgespräche.

Im September 2020 näherten sich beide Konfliktparteien unter Vermittlung der US-Regierung erneut an und unterzeichneten ein Abkommen mit wirtschaftlichen und diplomatischen Vereinbarungen, darunter Maßnahmen zur wirtschaftlichen Kooperation (Einrichtung einer Freihandelszone). Seit 2022 verschärfte sich die Lage im Norden Kosovos jedoch erneut deutlich. Auslöser war zunächst ein Streit über serbische Autokennzeichen in den mehrheitlich serbisch besiedelten Grenzregionen. Zwar konnten beide Seiten unter EU-Vermittlung zeitweise Kompromisse erzielen, mehrere Zwischenfälle verschärfen die Sicherheitslage jedoch erneut. Dazu gehörten Straßenblockaden, die Festnahme eines ethnisch serbischen Ex-Polizisten sowie die zeitweise Schließung des Grenzübergangs Jarinje. Zahlreiche

serbischstämmige Polizeibeamt:innen legten daraufhin ihren Dienst nieder, woraufhin die kosovarische Regierung zusätzliche ethnisch albanische Polizeikräfte in die Region entsandte. Auch die European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) meldete Angriffe auf eigene Patrouillen. Im Dezember 2022 verlegte Serbien Berichten zufolge Truppen in Grenznähe und beantragte bei der KFOR die Stationierung serbischer Sicherheitskräfte im Kosovo. Aufgrund von Angriffen auf Polizeikräfte sowie Explosionen verschob die kosovarische Regierung die ursprünglich für Dezember 2022 geplanten Kommunalwahlen auf April 2023. Nachdem ethnische Serb:innen die Wahlen weitgehend boykottierten, lag die Wahlbeteiligung in einigen Gemeinden bei lediglich rund vier Prozent. Auch weitere Gespräche unter Vermittlung der EU blieben bislang weitgehend ergebnislos. Die Lage zwischen Serbien und Kosovo bleibt daher weiterhin äußerst prekär.

Zwischen **Serbien und Kroatien** bestanden ebenfalls lange ungelöste Grenzfragen entlang der Donau. Beide Staaten erhoben teilweise konkurrierende Ansprüche auf kleinere Grenzgebiete und Inseln. Zwar verbesserten sich die bilateralen Beziehungen zeitweise (bis zu einem historischen Übereinkommen über die Grenzstreitigkeiten im Jahr 2016), grundlegende Differenzen konnten jedoch nicht vollständig gelöst werden. Die Beziehungen gelten weiterhin als politisch angespannt, insbesondere aufgrund erinnerungspolitischer Konflikte und gegenseitiger Vorwürfe sicherheitspolitischer Aufrüstung.

Auch zwischen **Serbien und Bosnien und Herzegowina** bestehen weiterhin ungelöste Grenz- und Territorialfragen entlang der Flüsse Drina und Lim. Serbische Dörfer sind hier vom Territorium Belgrads abgeschnitten. Beide Staaten nahmen nach längerer Unterbrechung erneut diplomatische Gespräche auf, konnten bislang jedoch keine endgültige Einigung erzielen.

Insgesamt bleiben die Beziehungen Serbiens zu mehreren Nachbarstaaten weiterhin belastet. Im Zusammenhang mit den Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa kam es zudem zu Spannungen zwischen **Ungarn und Serbia**. Ein 2016 in Kraft getretenes ungarisches Gesetz erlaubte es den Behörden zeitweise, Personen ohne gültige Einreisedokumente innerhalb eines mehrere Kilometer breiten Grenzstreifens nach Serbien zurückzubringen. Serbien kritisierte diese Praxis als völkerrechtswidrig. Die migrationspolitischen Spannungen bestehen grundsätzlich fort, haben seit dem deutlichen Rückgang der Fluchtbewegungen jedoch an Bedeutung verloren.

### Regionale Rüstungskontrolle

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig angepasst und erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder. Mit Hilfe der OSZE ist das Rüstungskontrollabkommen in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt worden, sodass die Bestände an konventionellen Großwaffen heute unterhalb der vereinbarten Grenzen liegen. Zentrale Merkmale dieses Kontrollabkommens sind die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft bei Einhaltung und Durchführung der Bestimmungen sowie die angestrebte militärische Balance zwischen den Staaten auf dem Balkan.

Die zunehmende militärische Modernisierung mehrere Länder (insb. Serbiens und Kroatiens) in den letzten Jahren verstoßen zwar nicht gegen das Abkommen – teilweise unterliegen

bestimmte Anschaffungen diesem jedoch auch nicht. Insgesamt untergraben diese Bestrebungen und die aggressive politische Rhetorik aber den kooperativen Geist des Abkommens.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Unter dem Kommando der Kosovo Force (KFOR) sind laut dem International Institute for Strategic Studies (IISS) circa 5.200 Soldat:innen aus 31 Staaten in der Region bzw. im Kosovo stationiert. Zusätzlich ist auch internationales Personal im Rahmen der OSZE in Serbien stationiert und unterstützt die Regierung Serbiens in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Minderheitenschutz sowie Entwicklung der Medienlandschaft. Darüber hinaus befinden sich 12 Personen (sieben Polizist:innen und fünf Beobachter:innen) aus derzeit acht Ländern (unter anderem Österreich, der Türkei, Ungarn und Polen) im Rahmen der UNMIK in der Region.

Das Mandat für das Bundeswehrrkontingent im Rahmen der KFOR beinhaltet eine personelle Mandatsobergrenze von 400 deutschen Soldat:innen. Letztmalig stimmte das Parlament der Verlängerung des Einsatzes am 10. Juni 2025 zu. Derzeit (Stand: März 2026) beteiligen sich laut IISS rund 300 Bundeswehrrsoldat:innen. Zum Jahresende 2018 wurde die Einsatzliegenschaft der Bundeswehr im Kosovo, das Feldlager Prizren, nach 19-jähriger Nutzung an UNMIK übergeben. Die verbleibenden deutschen Kräfte operieren vom Camp Film City, dem Hauptquartier der KFOR in Pristina.

Des Weiteren läuft seit 2008 eine europäische zivile Mission (EULEX) im Kosovo, dessen Mandat jedoch 2018 neu ausgerichtet wurde. Hatte die Mission im ersten Mandat noch justizielle exekutive Macht, so beschränkt sich das neue Mandat auf beobachtende und beratende Tätigkeiten, im Rahmen derer Polizist:innen, Richter:innen, Gefängnisaufseher:innen und Zollbeamte:innen entsandt sind. Das Mandat wurde bis zum 14. Juni 2027 verlängert.

Im Dezember 2022 soll eine Eulex-Aufklärungspatrouille mit einer Blendgranate angegriffen worden sein und mehr als 30 KFOR-Soldat:innen wurden bei Ausschreitungen im Mai 2023 verletzt.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

### *Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Es ist allen relevanten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Das Land hat sowohl mit Albanien und Bosnien und Herzegowina als auch mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet. In der Vergangenheit haben serbische Spezialkräfte auch an vom FBI durchgeführten regionalen Trainingsprogrammen zur Terrorismusbekämpfung teilgenommen. Im Land operieren jedoch einzelne Gruppen, die versuchen, durch Anschläge Destabilisierung zu erzeugen oder die Lage in der Grenzregion zum Kosovo zu verschärfen. Diese Gruppierungen verknüpfen ihre Aktivitäten häufig mit organisierter Kriminalität und beteiligen sich an Menschenhandel, Geldwäsche und Schmuggel. Darüber hinaus beteiligen sich einzelne serbische Staatsangehörige an international agierenden radikal-islamistischen Netzwerken. Bereits im Jahr 2009 verabschiedete das serbische Parlament erstmals ein umfassendes Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und passte dieses in den Folgejahren mehrfach an und erweiterte es.

### Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

#### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Internationale und organisierte Kriminalität bleibt in Serbien ein großes Problem. 2025 belegte das Land im Global Organized Crime Index Platz 47 von 193 Staaten. Seit 2001 unterstützt die OSZE-Mission die serbische Regierung maßgeblich bei der Bekämpfung. Serbien und die Region gelten als wichtige Umschlagplätze für Drogen, Zigaretten und andere Schmuggelwaren, die in die EU gelangen. Zudem fungiert das Land als Drehscheibe für Waffen- und Menschenhandel. Insb. die Geldwäsche nimmt enorme Ausmaße an.

Teilweise erhalten kriminelle Gruppen Unterstützung aus der politischen Elite, der Wirtschaft und einigen Sicherheitsbehörden. Sie nutzen ein Netzwerk, das sich über Jahrzehnte – seit den 1990er Jahren – aufgebaut hat. So wirft ein Prozess von 2023 gegen Mitglieder der organisierten Clankriminalität und Hooligan-Szene den Angeklagten vor, sie hätten Aufträge wie die Störung oppositioneller Proteste oder Angriffe auf kosovarische Polizeieinheiten von hohen politischen Ämtern erhalten. Zu den mutmaßlich Verstrickten zählen der Polizist Nenad Vuckovic, der ehemalige Innenminister Nebojša Stefanović, der Geheimdienstchef Aleksandar Vulin, der Generalsekretär der serbischen Regierung Novak Nedić und sogar Präsident Aleksandar Vučić. Der Gruppe von 31 Männern werden brutale Morde, Waffen- und Drogenhandel sowie Entführungen vorgeworfen.

Trotzdem verzeichnen die serbischen Sicherheitsbehörden Erfolge im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Regelmäßig nehmen sie Verdächtige fest oder klären große Schmuggelgeschäfte auf.

**Tabelle 15**

### *Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen*

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## UN-Berichterstattung

Serbien hat in der Vergangenheit relativ regelmäßig im Rahmen des UN-Waffenregisters UNROCA Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten sowie im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN übermittelt. Bei beiden Registern übermittelte Serbien zuletzt 2024 Daten.

Da das Land Mitglied des Arms Trade Treaty ist reichte es 2016 den Initialreport und auch jährlich entsprechende Berichte ein, die Serbien auch öffentlich einsehbar macht. Auch im

Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons übermittelt das Land regelmäßig Angaben. Auch bei diesen beiden Registern übermittelte Serbien zuletzt 2024 Daten.

## Unerlaubte Wiederausfuhr

Serbien erkannte bereits 2005 die Kriterien des EU-Verhaltenskodex (ab 2008 „Gemeinsamer Standpunkt“) für Rüstungsexporte an und verabschiedete entsprechende Exportkontrollgesetze, die mit EU-Standards übereinstimmen. Das Außenministerium verpflichtete sich, die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts als Entscheidungsgrundlage für die Lizenzvergabe von Waffen, militärischer Ausrüstung und Dual-Use-Gütern zu nutzen. Die serbische Gesetzgebung und deren Umsetzung zeigten also große Fortschritte, doch es bestehen – trotz Ausbau verwaltungstechnischer Kapazitäten – weiterhin Defizite. Empfehlungen fordern eine Verschärfung der Gesetze, die verbindliche Anwendung der EU-Kriterien durch alle Ministerien sowie mehr Transparenz und Verantwortlichkeit der Akteure.

Laut Schätzungen sank im Kosovo der Bestand illegaler Klein- und Leichtwaffen zwischen 2012 und 2016 von 891.000 auf 417.000. 2022 verkündete das Innenministerium, es würden noch lediglich 250.000 illegale Waffen im Land kursieren. Auf dem gesamten Balkan sollen 2,5 bis 4 Millionen illegale Waffen im Umlauf sein, wobei Serbien mit etwa 950.000 bis 1,2 Millionen an der Spitze steht. Der Westbalkan (insb. Bosnien und Herzegowina sowie Serbien) ist auch eine Hauptquelle für illegale Waffen in der EU, die oft aus den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre stammen. Viele dieser Waffen gelangten zudem in den syrischen Bürgerkrieg. Seit dessen Ausbruch kauften Staaten wie Saudi-Arabien und Katar große Mengen an jugoslawischen und sowjetischen Waffen aus Osteuropa und dem Balkan auf – darunter auch aus Serbien. Die Waffen (darunter auch Mehrfachraketenwerfer und gepanzerte Mannschaftstransporter) wurden via See- und Luftweg über Jordanien und die Türkei nach Syrien geschmuggelt oder über dem Kriegsgebiet abgeworfen.

2019 geriet bspw. ein solcher Rüstungsexportskandal nach Saudi-Arabien in die Schlagzeilen, in welchen Branko Stefanović, Vater des heutigen Verteidigungsministers Nebojša Stefanović und Vertrauter von Präsident Vučić, verwickelt war. Die 2019 geleakten Dokumente zeigten ihn als Vertreter einer Rüstungsexportfirma beim staatlichen Produzenten Krusik. Der Whistleblower Aleksandar Obradović wurde wegen der Veröffentlichung von Geschäftsgeheimnissen festgenommen. Die Waffen, darunter Mörsergranaten, gelangten über Saudi-Arabien zu irregulären Akteuren im Jemen, in Syrien sowie in der Ukraine. Serbien behauptete, die Exporte seien legal nach Saudi-Arabien als „Endnutzer“ verkauft worden.

Nach zwei Massenschießereien im Mai 2023 erließ Serbien eine Amnestie für nicht registrierte Waffen. Die Behörden sicherten dabei über 80.000 Schusswaffen, mehr als 4 Millionen Schuss Munition und über 26.000 Sprengkörper.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 9

#### Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Unemployment remains high, with a significant number of individuals working in the shadow economy and in precarious jobs. Income inequality is high, with nearly a quarter of the population at risk of poverty and social exclusion and 7% of the population living in absolute poverty. Slow economic growth poses a serious problem, as incomes fail to converge with the EU average. The public sector remains bloated, unaccountable and inefficient. Although the overall business environment is favorable, state-owned enterprises continue to be tightly controlled by political authorities, and the government maintains a significant presence in the economy.

Privatization has continued on a small scale, with the only significant change in ownership recently being the purchase of Petrohemija, a state-owned chemical company, by the Russian state-owned enterprise Gazprom Neft. After almost a decade of low inflation at 2% since 2014, inflation rose to 7.9% in 2021 and 16% in 2022 due to global increases in energy and commodity prices, spillovers from inflation in the United States and Western Europe and European Central Bank monetary policy, according to which the National Bank of Serbia emulated keeping the exchange rate at the same level. In 2022, the government deficit dropped to 3% of GDP, while the level of public debt reached 54% of GDP in November 2022. The government implemented new fiscal rules at the end of 2022 to guarantee the future sustainability of public finances. These rules include a "high debt–low deficit" policy, which activates the debt brake at 60% of GDP. This threshold requires a balanced state budget once the level of debt surpasses it.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/SRB>

### Tabelle 16

#### Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

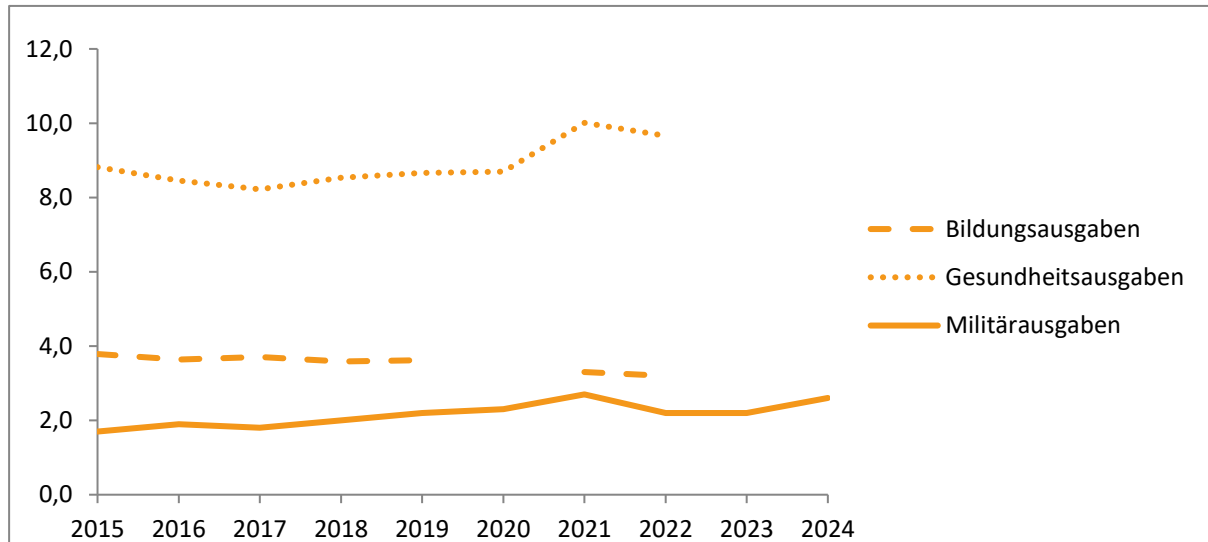
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1599	2084	1681	1797	2220
Militärausgaben/BIP	2,3	2,7	2,2	2,2	2,6
Gesundheitsausgaben/BIP	8,7	10,0	9,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	3,3	3,2	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	32109	38041	41166	44479	49000
Anteil am BIP (in Prozent)	59,6	68,1	62,2	66,6	60,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	194,69	250,33	281,11	288,6	-
Net ODA (% of GNI)*	0,43	0,52	0,5	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	54,37	43,1	40,79	30,18	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

Tabelle 18

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	132,7	140,3	132,6	135,5	142,1
Index-Platzierung	40	32	33	32	31

Tabelle 19

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Bosnien- Herzegowina	Militarisierungswert	80,8	83,1	78,2	79,7	80,8
	Index-Platzierung	101	94	101	100	99
Bulgarien	Militarisierungswert	107,2	106,1	108,8	115,1	121,7
	Index-Platzierung	62	62	56	55	49
Kroatien	Militarisierungswert	123,4	128,7	123,0	118,9	121,3
	Index-Platzierung	48	45	43	51	50
Mazedonien	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Montenegro	Militarisierungswert	143,2	141,7	122,8	127,2	132,1
	Index-Platzierung	25	29	44	38	40
Rumänien	Militarisierungswert	132,1	129,5	129,1	126,2	138,4
	Index-Platzierung	42	43	37	42	33
Ungarn	Militarisierungswert	102,9	96,2	102,7	107,0	109,9
	Index-Platzierung	70	79	64	64	60

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2021	2022	2023	2024	2025
Bosnien-Herzegowina	Militärausgaben (absolut)	236	205	221	216	213
	Militärausgaben/BIP	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7
Bulgarien	Militärausgaben (absolut)	1508	1657	2041	2193	2396
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,6	1,9	1,9	2,0
Kosovo	Militärausgaben (absolut)	87	118	136	166	217
	Militärausgaben/BIP	0,8	1,2	1,3	1,5	1,9
Kroatien	Militärausgaben (absolut)	1532	1466	1452	1731	1930
	Militärausgaben/BIP	2,0	1,8	1,6	1,9	2,0
Nordmazedonien	Militärausgaben (absolut)	232	242	290	300	346
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,5	1,8	1,8	2,0
Montenegro	Militärausgaben (absolut)	106	113	118	150	163
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,6	1,5	1,8	1,9
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	6363	6172	5916	8315	8806
	Militärausgaben/BIP	1,9	1,8	1,6	2,2	2,3
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	2781	4029	4364	4733	4621
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,8	2,0	2,1	2,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,817	0,809	0,807	0,826	0,833
HDI-Wert (Männer)	0,824	0,815	0,812	0,829	0,838
HDI-Wert (Frauen)	0,809	0,803	0,801	0,823	0,827
GDI-Wert	0,982	0,986	0,986	0,994	0,987

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die

*Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.*

### Frauen in Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 51,5 % sind deutlich weniger Frauen (über 15 Jahre) in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (65,5 %). Serbien liegt damit nur leicht über dem weltweiten Durchschnitt weiblicher Erwerbsbeteiligung (49,1 %). In Führungspositionen bleiben Frauen klar unterrepräsentiert: Nur 18,2 % der Top-Management-Positionen sind weiblich besetzt. Auch haben nur 16,9 % der Firmen eine weibliche Mehrheitsbeteiligung bzw. nur 27,4 % überhaupt eine weibliche Beteiligung in der Eigentümerschaft.

Laut Gender Development Index (GDI) zählt Serbien zur Gruppe der Länder mit „sehr hoher“ geschlechtlicher Gleichheit im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität. Mit 0,987 liegt Serbien über dem globalen Durchschnitt von 0,955. Entsprechend zeigen sich nur relativ leichte geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: Während Männer einen HDI von 0,838 erreichen, liegt der Wert für Frauen bei 0,827. Frauen haben demnach eine um 6,5 Jahre höhere Lebenserwartung und im Durchschnitt 1,4 mehr zu erwartende Bildungsjahre als Männer. Hinsichtlich Einschulungsquoten gibt es im primären und sekundären Bildungssektor keine signifikanten Unterschiede; Frauen schneiden sogar leicht besser ab. Im tertiären Sektor sind Frauen sogar deutlich besser repräsentiert (87,7 gegenüber 59,3 % bei Männern). Deutliche Nachteile bestehen trotzdem beim Einkommen: Kaufkraftbereinigt erzielen Männer (2023) 29.012 US-Dollar, Frauen nur 17.781 US-Dollar. Diese Einkommenslücke vergrößerte sich zudem innerhalb der letzten Dekade noch: während die absolute Differenz 2014 bei rund 7.100 Dollar lag, lag sie 2023 bei 11.200. Auch relativ – gemessen am Einkommen von Männern – sank das Einkommen von Frauen: 2014 verdienten sie noch rund 65 % von dem, was Männer verdienten, 2023 nur noch 61 %.

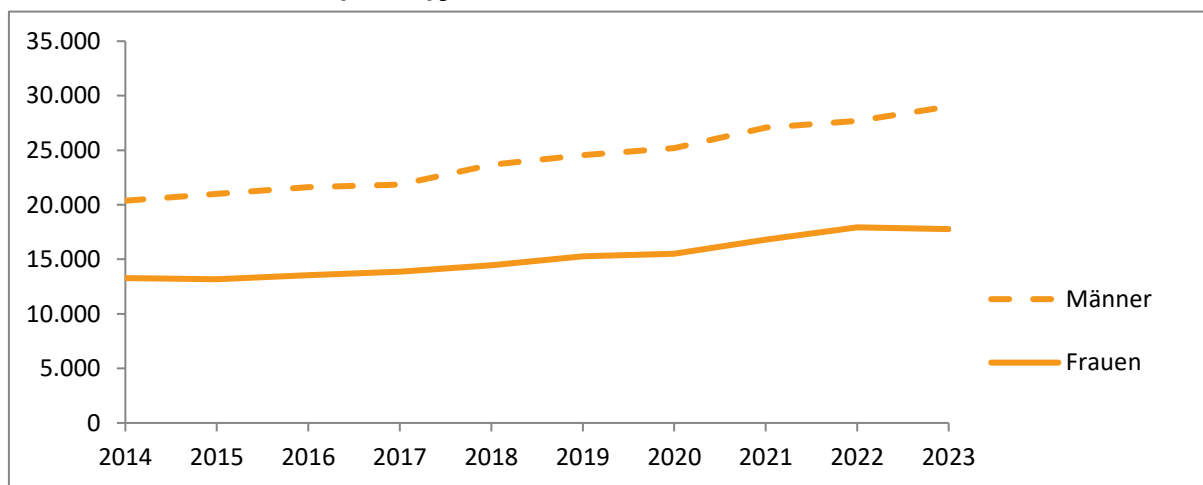
Der Gender Gap Report bewertet die Geschlechterunterschiede in Bildung und Gesundheit als gering, konstatiert jedoch deutliche Defizite in ökonomischer und insbesondere politischer Teilhabe. In der Nationalversammlung (Narodna skupština Republike Srbije) waren Anfang 2025 nur 93 von 250 Sitzen von Frauen besetzt. Das entspricht einem Anteil von 37,2 %. Fast gleich hoch lag das Verhältnis in der Regierung (37,5 %), in der 9 von 24 Ministerien von Frauen geführt wurden. Diese Disparitäten spiegeln sich auch im Gender Inequality Index (GII) wider, welcher reproduktive Gesundheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Selbstbestimmung misst. Anders als beim GDI steht hier 0 für vollständige Gleichheit und 1 für maximale Ungleichheit. Serbien erreicht einen Wert von 0,117. Damit liegt Serbien deutlich vor dem weltweiten Durchschnitt (0,455) und belegt so Rang 38 von 172 Ländern.

Das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0 zeigt zudem, dass Serbien bei der formalen rechtlichen Gleichstellung hohe Werte erzielt (81,9 von 100 möglichen Punkten) – etwa bei Gleichbehandlung in Mobilität, Ehe- und Scheidungsrechten, Eigentums- und Erbrechten oder des geschlechtsspezifischen Lohngefälles (je 100 Punkte). Schwächen bestehen jedoch insb. bei der Förderung von weiblichem Unternehmertum (50 / 100) sowie bei Sicherheit von Frauen (0 / 100). Hinsichtlich der rechtlichen Lage liegt Serbien weit

über dem globalen (67) und sehr knapp über dem regionalen (80,6) Durchschnitt. Die unterstützenden Rahmenbedingungen in der Praxis erreichen hingegen nur 61,1 Punkte und liegen zwar ebenfalls über dem globalen (46,8) als auch dem regionalen (55,6) Durchschnitt, bleiben jedoch deutlich hinter der rechtlichen Ausgestaltung zurück. Insb. fehlt es weitgehend an Maßnahmen zu Unternehmertum (27,5) und Alterssicherung (37,5) von Frauen. Einzig Maßnahmen zur Gleichheit im Ehe- und Scheidungsrecht erreichen hier volle Punktzahl. Expert:innen bewerten insb. die Umsetzung der Maßnahmen zum Schutz von Frauen als enorm unzureichend (nur 14 Punkte).

### Schaubild 7

#### Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index

#### Zusammenfassung zu Kriterium 8:

Laut Weltbank gehört Serbien mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 11.610 US-Dollar zu den „upper-middle income economies“. Es weist eine hohe Auslandsverschuldung (60,2 % am BIP), allerdings auch robuste moderate Wachstumsraten auf. Die Wirtschaft gilt als komplexer, als es für das Einkommensniveau zu erwarten wäre. Ein wirtschaftlicher Malus ist jedoch die hohe Abwanderungsrate qualifizierten Personals. Mit einem Wert von 0,833 rangiert es auf Platz 62 von 191 Staaten auf dem HDI und wird ergo der Kategorie „sehr hohe menschliche Entwicklung“ zugeordnet. Serbien konnte hohe Arbeitslosigkeitsquoten deutlich bekämpfen; die Jugendarbeitslosigkeit ist allerdings mit 20,9 % sehr hoch. Die Gesundheitsausgaben beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf durchschnittlich 8,9 %, die Bildungsausgaben auf 3,5 %. Es sind deutliche Verbesserungen in beiden Systemen zu erkennen, nichtsdestotrotz persistieren Probleme (insb. eine veraltete Infrastruktur). Die Militärausgaben beliefen sich dem gegenüber auf durchschnittlich 2,2 % und lagen zuletzt bei 2,6 %. Im Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2025 belegt Serbien Rang 31 von 151 Staaten und weist damit eine „sehr starke“ Militarisierung auf.

### Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von ca. 11.610 US-Dollar gehört Serbien der Weltbank zufolge zu den Ländern mit einem gehobenen mittleren Einkommen („upper-middle income country“). Die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2023 60,2 Prozent, was als relativ hoch zu bewerten ist. Aktuell schuldet Serbien dem Internationalen Währungsfonds (IWF) fast 851 Mio. US-Dollar (Stand: 30. April 2026).

Serbien weist in den letzten Jahrzehnten moderate BIP-Wachstumsraten auf. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie verzeichnete es ein Wirtschaftseinbruch um rund ein Prozent – dieser konnte im Folgejahr (+ 7,9 Prozent) jedoch überkompensiert werden. Seither wuchs die Wirtschaft jährlich um mindestens 2,7 %; zuletzt (2024) um 3,9 %. Die serbische Wirtschaft gilt als komplexer, als es angesichts des Einkommensniveaus erwartet wird. So machten Land-, Forstwirtschaft und Fischerei zuletzt nur noch 3,2 % der Wirtschaftsleistung aus. Das Wachstum ist insb. vom Dienstleistungssektor getrieben. Dieser macht zudem fast 27 % aller Exporte aus. Daneben ist aber auch der Exportsektor breit aufgestellt und nicht übermäßig abhängig von speziellen Sektoren. Exporte machten 2024 zudem 53,6 % der Wirtschaftsleistung aus, sind also ein enorm wichtiger Faktor. Mit Exporten im Wert von 47 Mrd. Euro und Importen im Wert von 52,7 Mrd. Euro weist das Land ein leichtes Handelsdefizit auf. Ein weiterer wirtschaftlicher Faktor ist die hohe Abwanderung von qualifiziertem Personal.

### Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,833 rangiert Serbien auf Platz 62 von 191 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2023. Damit gehört es in den HDI-Kategorien zu den Ländern „sehr hohe menschliche Entwicklung“. Es liegt auf dem Index hinter seinen Nachbarländern Kroatien (Rang 41), Ungarn (Rang 46), Montenegro (Rang 48), Rumänien (Rang 55) und Bulgarien (Rang 55) und vor seinem Nachbarland Bosnien-Herzegowina (Rang 74). Zum Vergleich: Deutschland liegt 2023 auf dem fünften Platz. Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug der Weltbank zufolge 2021 0,9 Prozent, der OSZE zufolge 0,5 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit betrug in Serbien 2025 7,1 Prozent. Damit konnte Serbien die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu vor zehn Jahren (15,3 Prozent; 2012 erreichte sie mit 24 % einen Höhepunkt) deutlich senken. Nichtsdestotrotz ist damit Arbeitslosigkeit nach wie vor ein Problem. Ähnliches lässt sich für die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit beobachten. 2012 war mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Serbien arbeitslos. 2025 waren es noch 20,9 Prozent. Auch hier also eine deutliche Verbesserung aber ein nach wie vor sehr hoher Anteil. Dementsprechend hat Serbien dem Sustainable Development Report zufolge hinsichtlich der Sustainable Development Goals (SDG) in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. So machten im letzten Jahr die Indikatoren zu drei Zielen sehr gute und zu sieben Zielen gute Fortschritte; nur vier Ziele galten 2025 als stagnierend und nur bei zweien wurden Rückschritte verzeichnet. Ziel 1, keine Armut, gilt derweil als erreicht. Nichtsdestotrotz lebten 2023 noch ein Prozent der Bevölkerung von unter 4,20 Dollar am Tag. Als Ziele mit noch sehr großen Hürden gelten hingegen die Ziele 15 (Life on Land) und 16 (Peace, Justice and Strong Institutions).

Die Gesundheitsausgaben beliefen sich in Serbien in den letzten zehn Jahren auf durchschnittlich 8,9 %, die Bildungsausgaben auf 3,5 %, was zu deutlichen Verbesserungen in beiden Systemen führte. Insbesondere im Bildungssystem hat es entscheidende qualitative

Fortschritte gegeben. Nichtsdestotrotz weisen beide Systeme noch Probleme auf, insb. eine alternde Infrastruktur. Die Militärausgaben beliefen sich auf durchschnittlich 2,2 % und lagen zuletzt bei 2,6 %. Im Globalen Militarierungsindex (GMI) 2025, welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, belegt Serbien Rang 31 von 151 Staaten, was einer „sehr starken“ Militarisierung entspricht.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

